

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 18.11.2010
Sitzung Nummer:	10 (KT/10/2010)
Sitzungsdauer:	17:09 - 19:35 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzender

Gabriela Grimm
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Arnold Bausemer

Herr Ralf Berlin

Herr Dieter Bolle

bis 19.20 Uhr

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Herr Uwe Classe

Herr Gerald Eisenhut

Herr Jürgen Emanuel

Herr Marcus Graubner

ab 17.30 Uhr

Herr Hardy Peter Güssau

Herr Horst Janas

Herr Ernst Jesse

Herr Uwe Klemm

Herr Rüdiger Kloth

Herr Norbert Krebber

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Wolfgang Kühnel

Frau Katrin Kunert

Herr Herbert Luksch

Herr Klaus-Peter Noeske

Herr Dr. Rudolf Opitz

Frau Christine Paschke

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Bernd Prange

bis 18.25 Uhr

Herr Hartmuth Raden

Herr Detlef Radke

bis 18.15 Uhr

Herr Günter Rettig

bis 18.55 Uhr

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Gerd Schlaak

bis 17.45 Uhr

Herr Eduard Stapel

Herr Eike Trumpf

ab 17.30 Uhr

Frau Ulrike Weis

Herr Torsten Werner

Herr Frank Wiese
Herr Bernd Witt
Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth
Frau Annemarie Theil
Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Ralf Bergmann
Herr Dr. Jörg Böhme
Herr Detlef Braune
Herr Peter Krüger
Herr MR Dr. Volkmar Lischka
Herr Tiemo Schönwald
Herr Waldemar Schreiber
Herr Nico Schulz
Herr Norbert Tanne
Herr Tilman Tögel

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 9. Sitzung des Kreistages Stendal am 23.09.2010
- 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 9. Sitzung des Kreistages Stendal am 23.09.2010
- 6 Aktuelle Debatte zum Thema: Probleme bei der Umstellung des ÖPNV am 01.11.2010, insbesondere in der Schülerbeförderung
- Antrag der Fraktion Die LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen -
- 7 Mitgestaltung des Kreistages bei der Entwicklung und Arbeit des Jobcenters Stendal
- Antrag der Fraktion Die LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 194/2010
- 8 Abberufung und Berufung von sachkundigen Einwohnern in beratende Fachausschüsse
Vorlage: 176/2010
- 9 Beschlussfassung zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 29. Juni 2010 gemäß § 33 (3) Nr. 5 LKO LSA
hier: überörtliche turnusmäßige Prüfung des Landkreises Stendal im Jahr 2008
Vorlage: 187/2010
- 10 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2009 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 184/2010
- 11 Maßnahme der zivilen Infrastruktur von militärischem Interesse - Ausbau der K 1472, OD Klietz
Vorlage: 179/2010
- 12 Umbau der Förderschule Osterburg zur Musik- und Volkshochschule (Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2010)
Vorlage: 189/2010

- 13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen - Einbringung und 1. Lesung -
Vorlage: 190/2010
 - 14 Auflösung des Tierkörperbeseitigungsverbandes
Vorlage: 172/2010
 - 15 Benennung von Mitgliedern des Kreistages für die Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum
Vorlage: 192/2010
 - 16 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, eröffnet um 17.09 Uhr die 10. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

Er beglückwünscht Frau Edith Braun im Namen des Kreistages nachträglich zum 60. Geburtstag.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es meldet sich Herr Pietschmann zu Wort und sagt, dass es eine Geldforderung in Höhe von 31,11 € vom 19.07.2010 gibt, die über den Landrat abgewickelt werden soll. Dagegen habe ich Widerspruch bei Frau Theil am 21.07.2010 erhoben. Dieser Widerspruch wurde nicht beantwortet. Wenn ich einen Widerspruch einlege, habe ich einen Rechtsanspruch, dass er beantwortet wird. Weil Frau Theil nicht geantwortet hat, habe ich den Widerspruch gegen diese Maßnahme an den Landrat am 10.08. bekräftigt. Auch dieser Widerspruch wurde nicht beantwortet.

Bei der letzten Kreistagssitzung am 23.09. habe ich an den Landrat ausdrücklich die Forderung gestellt, er möchte die rechtlichen Grundlagen herausuchen, die ihn berechtigen, diese Kontopfändungen durchzusetzen, die jahrelang durchgesetzt wurden. Bis heute wurde der Widerspruch nicht beantwortet und es wurde mir auch nicht aufgezeigt, welche rechtlichen Grundlagen ihn dazu bemächtigen. Wann bekomme ich eine Antwort auf den Widerspruch vom 10.08.?

Der Landrat antwortet, erstens denke ich, dass wir als Landkreis rechtens gehandelt haben. Zweitens ist der Mahnungsbescheid auf rechtlichen Grundlagen erfolgt, die im Mahnbescheid aufgeführt sind.

Herr Pietschmann kann sich damit nicht einverstanden erklären. Wenn ich einen Widerspruch einlege, dann habe ich einen Rechtsanspruch darauf, dass dieser beantwortet wird und nicht drei Monate unbeantwortet bleibt.

Der Landrat würde prüfen, ob der Widerspruch rechtmäßig ist. Herr Pietschmann wird am Montag schriftlich eine Antwort erhalten.

Herr Pietschmann hat an Frau Theil eine weitere Frage: Seit 8 Jahren hängt am schwarzen Brett des Landratsamtes ein Hausverbot zu meiner Person, das zeitlos ist. Können Sie mir sagen, was ich verbrochen habe, dass ich 8 Jahre lang diskriminiert am schwarzen Brett hänge? In der nächsten Woche am Montag will ich ebenfalls dazu eine Antwort erhalten.

Frau Daniela Just, Elternratsvorsitzende der Sekundarschule Goldbeck, ist hier zur Kreistagssitzung gemeinsam mit Frau Korlein, Frau Fechner und 3 Schülern. Wir vertreten die Arbeitsgruppe Schülerbeförderung der Sekundarschule Goldbeck und der Grundschulen Goldbeck, Arneburg, Werben, Iden, Rochau, Hohenberg-Krusemark sowie der Elternschaft des Gymnasiums Osterburg. Sehr geehrter Herr Hellmuth, sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages, im Namen der Schulelternräte, Eltern und Schüler unseres Landkreises Stendal übergeben

wir Ihnen folgende Petition und Anfragen. Bezugnehmend zu unserer ersten Zuarbeit vom 10.11.2010, in denen Ihnen bereits detailliert die aufgetretenen Probleme hinsichtlich der Beförderung unserer Kinder vorgetragen wurden, haben wir noch folgende Fragen:

1. Werden Sie das Angebot der Schulleiternräte annehmen, bei der Abstellung der Mängel diese in der entsprechenden Arbeitsgruppe mitwirken zu lassen?

Antwort des Landrates: ja

2. Marcus Rose, Schüler der 10. Klasse: Wie verantworten Sie es, dass wir mehr als 10 Stunden täglich unterwegs sind und unter welchen Bedingungen wir psychisch und physisch jeden Schultag meistern müssen?

Antwort des Landrates: Ich kenne Eure Situation. Es haben ja schon erste Gespräche stattgefunden. Ich weiß, dass das Unternehmen für den Bereich Arneburg-Goldbeck sehr intensiv daran arbeitet. Der Geschäftsführer hat versichert, hier eine spürbare Verbesserung der jetzigen Situation zu erzielen.

3. Marcus Rose: Wie können Sie es mit sich vereinbaren, dass Sie auf Kosten unserer Sicherheit und Bildung derartige Einsparungen aufrecht erhalten?

Antwort des Landrates: Das ist eine schwierige Frage. Sicherlich haben wir versucht, gewisse Einsparungen vorzunehmen. Soviel weniger Mittel sind aber im System nicht, sodass wir jetzt versuchen, mit Hochdruck daran zu arbeiten, eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation vorzunehmen.

4. Christin Fechner: Woher sollen die finanziellen Mittel kommen, um diese gravierenden Sicherheitsmängel zu beseitigen? Soweit ich weiß, sind mehrere 100 T€ eingespart worden.

Antwort des Landrates: Diese Finanzierung setzt sich ja aus etlichen Faktoren zusammen. Mit den vorhandenen Mitteln versuchen wir hier eine Optimierung vorzunehmen. Es gibt ja einige Hinweise von Bürgern und von Kreistagsmitgliedern, sodass wir sagen, aus dem normalen ÖPNV nehmen wir gewisse Dopplungen vor, die wir dann zu Gunsten des Schülerverkehrs in den nächsten Tagen und Wochen versuchen umzusetzen, um die Situation für Euch und alle anderen Schüler im Kreis zu verbessern.

5. Simone Korlein: Warum hat der Landkreis Stendal eigentlich keine eigene Nahverkehrsgesellschaft mehr?

Antwort des Landrates: Die Frage ist relativ einfach zu beantworten. Als die letzte Konzessionsvergabe im Jahre 2001 gewesen ist, hat die alte Gesellschaft keine Konzession bekommen. Deshalb war sie also in dieser Form nicht mehr notwendig.

6. Marcus Rose: Sind Sie der Meinung, dass wir unter solchen Bedingungen unseren Schulabschluss erfolgreich absolvieren können?

Antwort des Landrates: Ich würde es hoffen. Wie gesagt, wir arbeiten an Veränderungen, um für Euch die Stresssituation zurückzuführen. Und ich würde Euch natürlich die Daumen drücken, den Schulabschluss erfolgreich zu schaffen.

Daniela Just hat eine kleine Anmerkung zwischendurch: Momentan ist es trotz der Eingewöhnungszeit immer noch so, dass die Schüler auf den Trittbrettern stehen, die Kinder sich an den Bushaltestellen übergeben müssen, ihnen schwindlig wird, sie beim Fahren umfallen, das z. B. Stunden in der neunten Klasse der Hauptschulklasse, die auch einen Abschluss macht, in der ersten Stunde nur 4 Schüler sitzen, eine Deutscharbeit in die nächste Physikstunde geschoben werden muss und die Kinder nicht ruhig Klassenarbeiten schreiben können. Das ist der momentane aktuelle Stand.

7. Wird es Ihnen möglich sein, ohne zeitliche Verschlechterungen der jetzigen Schülerbeförderungssatzung, eine reale Streckenplanung und zumutbare Schulwegzeiten zu und von der Schule entsprechend des Stundenplanes zu gestalten?

Antwort des Landrates: Ich will mich nicht wiederholen. Ich kann nur noch einmal sagen, wir arbeiten mit Hochdruck an einer Verbesserung der Situation. Die Frage ist natürlich, ob Sie dann damit zufrieden sind. Vertreter des Unternehmens sitzen ja auch hier und haben es mit vernommen. Morgen sind die nächsten Absprachen. Und dann hoffen wir, in den nächsten Tagen eine Verbesserung zu erzielen.

8. Simone Korlein: Ist es zutreffend, dass ein Gutachten im Wert von 80.000 Euro erstellt wurde, aber bei der Planung für den Schülerverkehr nicht berücksichtigt worden ist?

Antwort des Landrates: Was Sie als Gutachten bezeichnen, da kann ich mir nur vorstellen, dass Sie damit den neue Nahverkehrsplan meinen, den wir hier vor 1 1/2 Jahren im Kreistag beschlossen haben und der die Grundlage für dieses Ausschreibungsverfahren gewesen ist.

9. Carol-Ann Just: Werden Sie bei Ihrer künftigen Planung beachten, dass wir auch noch Schul- und Sporttaschen mit uns führen müssen, die die Stehplatzzahlen in den Bussen massiv verringern?

Antwort des Landrates: Das werden wir beachten.

10. Daniela Just: Wer von Ihnen schätzt die Belastbarkeit der Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie die Sicherheit des Schulweges gemäß § 71 Absatz 6 des Schulgesetzes vom Land Sachsen-Anhalt ein?

Antwort des Landrates: Das sind sicherlich Sie als Eltern und das sind die Vertreter in der Schule. Es sind aber auch unsere Mitarbeiter in der Verwaltung, wenn Bedarf ist.

Anmerkung von Daniela Just zur Antwort des Landrates: Dann hätten ja solche Probleme gar nicht erst entstehen können, wenn sie das vorher schon gemäß dieses Schulgesetzes richtig eingeschätzt hätten.

Antwort des Landrates: Theoretisch ja, es hätte nicht passieren dürfen. Sie haben Recht.

11. Carol-Ann Just: Wie schätzen Sie denn unsere Belastbarkeit als Schülerinnen und Schüler sowie die Sicherheit unseres Schulweges ein?

Antwort des Landrates: Sie haben es ja eben beschrieben. Ich schätze ein, dass es sehr unschöne und schlechte Zustände sind. Wir arbeiten an entsprechenden Verbesserungen.

12. Simone Korlein: Was werden Sie unternehmen, damit jedes Kind einen Sitzplatz im Bus hat? In der Satzung ist das jetzt vorgesehen. Mein Sohn z. B. fährt 06.12 Uhr in Arneburg los und ist 07.11 Uhr in Goldbeck. Wenn er eine Stunde stehen muss, dann ist er schon das erste mal fertig.

Antwort des Landrates: Ich kann es nur noch einmal wiederholen - wir arbeiten an Verbesserungen. Ich bitte aber auch um Verständnis dafür, dass wir nicht grundsätzlich zusichern können, dass alle Schüler einen Sitzplatz bekommen. Das war ja vorher auch nicht so. Wir versuchen, bei der Überplanung die Fahrtrouten zu optimieren.

Daniela Just: Wo Sie uns ja mit einbinden wollen und es uns zugesichert haben.

13. Frau Just fragt weiter: Bis wann wird der Landkreis die aufgezeigten Mängel abstellen?

Antwort des Landrates: Es ist ja im Schulausschuss besprochen worden. Wir sind dabei, Überplanungen vorzunehmen und wollen diese Ergebnisse dem Schulausschuss in einer zusätzlichen Sitzung am 14. Dezember 2010 vorstellen. Aber nichtsdestotrotz arbeiten wir punktuell bereichsweise an konkreten Verbesserungen, dort, wo es eben am schlimmsten ist. Und Eure Situation, so wird es auch vom Unternehmen eingeschätzt, ist momentan mit am schlimmsten.

14. Daniela Just: Bis wann werden die von uns gestellten und übergebenen Anfragen der Elternschaft sowie der Schüler schriftlich beantwortet?

Antwort des Landrates: Einen Teil der Anfragen haben wir ja schon beantwortet. Derzeit gehen eine Fülle von Anfragen und Briefen bei uns ein. Oftmals ist der Sachverhalt identisch. Deshalb haben wir

gesagt, mit unseren Mitarbeitern arbeiten wir erst einmal an den Verbesserungen und versuchen dann schrittweise in den nächsten Tagen und Wochen, diese Briefe zu beantworten.

15. Carol-Ann Just: Wer von Ihnen ist bereit, mit unserem Schulbus von Arneburg nach Goldbeck oder von Werben nach Goldbeck, natürlich morgens, mit Gepäck mit zu fahren?

Hierauf antwortet niemand.

Der Landrat will aber noch erwähnen, dass die Verwaltung von der Verbandsgemeinde Ende letzter Woche ein umfangreiches Schreiben mit konkreten Hinweisen und Daten erhalten hat. Herr Trumpf hatte mir seinerzeit versichert, dass ein Mitarbeiter auch mit dem Bus mitgefahren ist. Und das ist genau das, was wir brauchen; konkrete Angaben und Daten, um eine Grundlage zu haben, die Verbesserungen und Überplanungen vorzunehmen.

Frau Stefanie Wischer ist Elternvertreterin aus dem Gebiet östlich der Elbe. Sie hat eine Anmerkung: Bei uns ist die Situation ähnlich. Es sieht nicht besser aus. Die Schüler stapeln sich in den Bussen. Ich habe gehört, dass es in Seehausen ebenfalls ein riesengroßes Problem gibt. Ich bitte, bei der Planung auch einen Vertreter aus unserer Region mit an den Tisch zu holen, weil die Sicherheitsmängel so gravierend sind, dass viele Eltern ihre Kinder bereits mit dem Auto zur Schule morgens fahren und nachmittags wieder abholen.

Der Landrat antwortet, dass nächste Woche eine solche Arbeitsgruppe im Bereich Tangerhütte stattfinden wird. In bestimmten Bereichen hat sie ja schon stattgefunden. Auch bei Euch. Aber auch hier wird man sich in den nächsten Tagen noch einmal zusammen setzen. Wir planen eine solche Runde unter Begleitung der beiden Bürgermeister aus dem ostelbischen Bereich. Dazu wird Frau Theil die Schulleiter und die Bürgermeister einladen. Das wird in den nächsten Tagen dann stattfinden. Die Ergebnisse der Gespräche sollen in die Überplanung einfließen.

Daniela Just will abschließend im Namen des gesamten Arbeitskreises eine Schlussfolgerung kundtun: Wir fordern die Umsetzung unserer auf den Unterschriftenlisten genannten Forderungen. Wir brauchen eine Überarbeitung der neuen Busfahrpläne und die Aufstockung der finanziellen Mittel für den Schülerbusverkehr durch den Landkreis. Dieses belegen wir mit einer Unterschriftensammlung. Wir haben in einer Woche knapp 1.100 Unterschriften nur aus unserer Verbandsgemeinde zusammen bekommen. Weiterhin übergeben wir Ihnen einen Ordner mit Fotos, Berichten und Anschreiben von Eltern mit Adressen, mit ganz vielen fast schon Hilferufen der Kinder, zum Teil auch von sehr kleinen Kindern, die es wirklich z. Z. nicht ertragen, mit dem Bus zu fahren. 30 % der Elternschaft unserer Verbandsgemeinde fährt die Kinder momentan mit dem Auto, weil die Kinder wirklich dann krankheitsbedingt fehlen würden bzw. nicht in die Schule möchten.

Frank Ziehlke möchte das, was vorhin gesagt worden ist, noch einmal bestätigen und stützen. Ich komme von Wilhelmshof und bin Vater von betroffenen Kindern, die den Bus nutzen. Ich möchte die drei Hauptpunkte unterstreichen, die die ganze Zeit gehört wurden. Erstens die überlangen Transferzeiten und zweitens das lange Stehen in den Bussen, vor allem bei denen, die lange unterwegs sind. Als drittes sei das Sicherheitsproblem technischer Art genannt, das unterwegs Türen aufgehen. Und nicht nur einmalig. Auch ein Aggressionspotential in diesen Bussen ist vorhanden. Ich bin selber mitgefahren. In meiner Gegenwart wurden Schüler bedroht und geschlagen. Ich habe den Eindruck, dass 90 % der Probleme im Vorfeld von diesem Fahrplan fixiert sind. Man hätte diese Probleme schon als Laie erkennen können. Da muss man nicht Verkehrsplanung studieren. Darum meine Bitte, wenn es Ihnen irgendetwas möglich ist, beteiligen Sie die Betroffenen mit an den Planungen. Nehmen Sie sie mit ins Boot. Wir wissen schon, dass wenig Geld da ist. Aber ich glaube, es sind Kompromisse möglich. Und das erwarten wir auch. Auch zeitnah.

Der Landrat antwortet, auch hier kann ich nur versichern, wir arbeiten auch in Ihrem Bereich mit Hochdruck an entsprechenden Lösungen.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

**zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreis-
tagsmitglieder und der Tagesordnung**

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolge frist- und ordnungsgemäß am 5. November 2010,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 38 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur vorliegenden Tagesordnung bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt sodann die Tagesordnung fest.

**zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 9. Sitzung des Kreistages Stendal am
23.09.2010**

Der Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwende gegen die Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 9. Sitzung des Kreistages Stendal am 23.09.2010 fest.

**zu TOP 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 9. Sitzung des Kreis-
tages Stendal am 23.09.2010**

Der Vorsitzende gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss der 9. Sitzung des Kreistages am 23.09.2010 (DS-Nr. 165/2010) bekannt.

**zu TOP 6 Aktuelle Debatte zum Thema: Probleme bei der Umstellung des ÖPNV am 01.11.2010,
insbesondere in der Schülerbeförderung
- Antrag der Fraktion Die LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen -**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Rettig erklärt, selten beeinflusste ein Problem im Landkreis Stendal so sehr die öffentliche Meinung und rief Reaktionen von Eltern, Schülerinnen und Schülern hervor und beschäftigte Landrat und Verwaltung wie der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) – insbesondere die Schülerbeförderung - seit dem 01. 11. diesen Jahres.

Es wurde bereits gesagt, überfüllte Busse, unpünktliche Abfahrts- und Ankunftszeiten sowie fehlende Haltepunkte führten zur Verunsicherung von Eltern, zu unzumutbaren Belastungen von Schülern und störten in einigen Schulen massiv den Unterrichtsablauf. Eine schnelle Lösung der Probleme ist dringend erforderlich. Und deshalb unser Antrag auf die Durchführung dieser Aktuellen Debatte.

Wie konnte es dazu kommen? Der Landkreis Stendal ist Aufgabenträger des Öffentlichen Personennahverkehrs und als solcher zur Aufstellung und Fortschreibung eines Nahverkehrsplanes verpflichtet. Der Nahverkehrsplan ist ein Rahmenplan für die strategische mittelfristige Planung und Gestaltung des ÖPNV. Also anders gesagt:

Ein Nahverkehrsplan ist kein Fahrplan, sondern er beantwortet die Frage: „Wie viel ÖPNV soll es im Landkreis geben?“.

Da sich die Rahmenbedingungen ständig ändern, muss ein solcher Nahverkehrsplan regelmäßig überarbeitet werden, was im April 2009 wieder der Fall war. Im letzten waren noch 6 Linienbündel enthalten. Nun wurden diese auf 3 reduziert. Die Begründung war, dadurch sollte der Betrieb der einzelnen Linienbündel wirtschaftlicher, die Reisezeiten kürzer und Umstiege für Fahrgäste weitestgehend vermieden werden. Das können Sie nun mit der Praxis vergleichen.

Bereits im Kreistag am 23. April 2009 erklärte Frau Dr. Paschke für die Fraktion Die LINKE-Bündnis 90/Die Grünen: Eine Aufgabe der Verwaltung wird es bleiben, über gestaffelte Schulanfangszeiten mit den Schulen und Eltern zu beraten. Auch Herr Tanne bekräftigte das Problem der optimalen Schulanfangszeiten und der Busfahrzeiten mit jeder Schule und den Verkehrsteilnehmern. Und Herr Helmut bekräftigte in der damaligen Kreistagsitzung im April 2009, das Problem der Schulzeitenstaffelung ab dem Jahr 2010 schrittweise aufzunehmen. So viel zur Ausgangssituation.

Unter diesen Voraussetzungen und in der Annahme der strikten Einhaltung der Satzung zur Schülerbeförderung im Landkreis beschloss der Kreistag den Nahverkehrsplan bei 2 Stimmenthaltungen.

Heute, nachdem am 01.11. die neuen Fahrpläne in Kraft getreten sind, müssen wir jedoch feststellen, dass vieles von dem nicht realisiert wurde, sondern das Gegenteil eintrat.

Wir verzeichnen:

1. unrealistische Fahrplangestaltungen

Ausdruck dafür sind unrealistische Fahrzeiten zwischen den Ortschaften oder den Haltestellen (dabei noch nicht einmal Verkehrs- und Witterungsbedingungen bzw. Geschwindigkeitsbegrenzungen, wenn Stehplätze genutzt werden, berücksichtigt). So z. B. die Linie 965 Calberwisch, Abfahrt 07.00 Uhr – anschließend Haltestelle Düsedau 07.02 Uhr. Das ist selbst bei strahlendem Sonnenschein mit dem PKW nicht zu erreichen. Dadurch bedingt unpünktlicher Unterrichtsbeginn sowohl am Privatgymnasium in Tangermünde sowohl aus den Richtungen Havelberg als auch aus Richtung Tangerhütte. Anschlussbusse an zentralen Umstiegsorten, wie z. B. in Hindenburg, warteten nicht.

2. unrealistische Zahlen der zu befördernden Schülerinnen und Schüler

Die Folge sind wie angesprochen überfüllte Busse. So stoppten Eltern und Polizei z. B. am 02.11. in Hindenburg einen Bus, am 12.11. befanden sich in Meseberg 78 Kinder statt 66 lt. Satzung der Schülerbeförderung des Landkreises im Bus und es gab sogar das Beispiel nicht beförderter Schüler und Schülerinnen.

3. Der Wegfall von Haltestellen mit dem Ergebnis, lange, zum Teil unzumutbare Wege insbesondere für unsere kleinen Grundschüler und vorher nicht vorhandene Umstiege.

4. Wegfall von Bussen

Das Beispiel aus Schönhausen ist genannt worden. Nach dem alten Nahverkehrsplan fuhren ab Schönhausen 4 Busse. Davon ist lediglich einer über geblieben. Für die Grundschüler fahren grundsätzlich nur noch die Busse zur 1. und nach der 6. Unterrichtsstunde, unabhängig vom Unterrichtsbeginn.

5. Was für uns aber sehr schwerwiegend ist - das führte alles dazu, dass Schulwegbegleiter, die zusätzlich in den Bussen für Sicherheit und Ordnung sorgen sollten, ausschließlich an Haltestellen damit beschäftigt waren, den Schülern zu helfen, ihre Busse zu finden. Dies führte zu neuen Problemen während des Verkehrs (Alkoholgenuss durch Sekundarschüler und ältere Schüler, Drangsalierung von Schülern) in den Bussen, worunter insbesondere Grundschüler zu leiden hatten.

6. Wir verzeichnen teilweise eine Nichteinhaltung der Satzung zur Schülerbeförderung. So werden zum Teil in den Fahrplänen bereits planmäßig längere Fahrtzeiten als 30 oder 60 Minuten eingeplant, obwohl es sich bei diesen Kriterien (30 und 60 Minuten) nicht um Fahrzeiten, sondern um Schulwegzeiten handelt. Und eine Schulwegzeit beinhaltet sowohl die Geh-, Fahr- und Umsteigezeiten. Ein Beispiel nur die Linie 940 Uchtspringe – Vinzelberg – Stendal.

Ich weiß, dass jeder einzelne von Ihnen zahlreiche weitere Beispiele hinzufügen könnte. Es ist unmöglich und auch nicht das Anliegen der heutigen Aktuellen Debatte, im Detail auf alle Probleme einzugehen. Sie würden sowieso nicht vollständig sein. Einiges stand in der Zeitung. Andere Betroffene wandten sich direkt an den Landrat, die Verwaltung, Abgeordnetenbüros oder Mitglieder des Kreistages. Andere fraßen den Ärger einfach in sich hinein.

Aber es geht darum, für kurzfristige aber dauerhafte Lösungen im Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie Eltern zu sorgen. Kinder sind unsere Zukunft. Und sie sollten auch so behandelt werden, um ihnen eine optimale Entwicklung zu gewähren. Gegenwärtig haben wir sie jedoch, insbesondere die Jüngsten, auf eine harte Probe gestellt. Negative Auswirkungen auf die Psyche, die Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit sind nicht auszuschließen.

Im Ergebnis des hier Dargestellten ergeben sich natürlich Fragen: Gab es wirklich keine Alternative zu diesem Wechsel mitten im Schuljahr zum 01.11.2010? Woraus resultieren denn nun die Differenzen der zu befördernden Schülerzahlen? Wie konnte es zu solchen gravierenden Fehlern in den Fahrplänen bezüglich reiner Fahrzeiten zwischen Ortschaften oder Haltestellen kommen? Wer hat die Fahrpläne geprüft und genehmigt? Weshalb erfolgte nicht oder nicht rechtzeitig die Einbeziehung und Anhörung der Schulen und Elternvertreter? Das, was hier in der Einwohnerfragestunde gefordert wurde, das hat unsere Fraktion in der Änderung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung aufzunehmen gefordert (Anhörung von Betroffenen, die hier ihre eigenen Meinungen mit einbringen können). Seinerzeit ist es abgelehnt worden. Weshalb erkannte niemand das Problem, was vorher keines war, nämlich die Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Horte? Und weshalb wurde nicht rechtzeitig und verbindlich über gestaffelte Schulanfangszeiten mit den Schulen und Eltern beraten?

Aus dem, was sich jetzt abspielt, ergibt sich natürlich die letzte Frage: Wer kommt für die Kosten der zusätzlichen Busse auf? Kann man diese Kosten überhaupt schon beziffern?

Wir sind der Auffassung, dass trotz dieses Systemwechsels bei vorausschauender Arbeit unter Einbeziehung aller Verantwortungsträger viele Probleme hätten vermieden oder abgeschwächt werden können.

Nun sind die Probleme bekannt. Zum Teil bereits gelöst, anderes befindet sich im Fluss. Aber der Imageschaden für den Landkreis ist groß. Und was noch schwerer wiegt, der Vertrauensverlust in die Arbeit des Kreistages und der Verwaltung ist nur schwer wieder gut zu machen.

Natürlich gibt es auch Dinge, die von Anfang an gut geklappt haben oder inzwischen bereinigt sind. Das kommt angesichts der Probleme in der Betrachtung immer zu kurz.

Gestatten Sie mir trotzdem eine Bemerkung. Das wir uns heute hier im Kreistag mit dieser Problematik befassen, sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig und ist ganz sicher das Anliegen aller Fraktionen des Kreistages. Und der Kreistag ist auch das richtige politische Gremium. Dazu bedurfte es ganz bestimmt nicht der Einflussnahme einer Kultusministerin des Landes Sachsen-Anhalt, wobei mir bis jetzt noch nicht klar ist, worin diese Einflussnahme besteht.

Wenn, dann sollten sich die Mitglieder des Landtages und des Kreistages vor allem dafür stark machen, dass die Zuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz für den Landkreis nicht ständig sinken und wir vielleicht durch Sparzwänge zu Kürzungen in der Schülerbeförderung gezwungen werden. Um das nur mal deutlich zu machen: Während wir als Landkreis im Verwaltungshaushalt 2009 noch 42,4 Mio. € an Zuweisungen oder Einnahmen hatten, werden es 2011 nur noch 41,1 Mio. € sein. Und wie stand in der Volksstimme am 16.11. in einem Leserbrief zu lesen: „Einen 1A-Öffentlichen Personennahverkehr zum Schnäppchenpreis, den kann es nicht geben.“

Als Gast des vorgestrigen Schulausschusses habe ich zur Kenntnis genommen, dass nach den Weihnachtsferien Veränderungen in der Schülerbeförderung in Kraft treten sollen. Aber ich denke, bis zu den Weihnachtsferien ist es noch relativ lange hin. Umgehend muss jedoch das Problem geklärt werden, dass die Schulwegbegleiter wieder ihre eigentlichen Aufgaben übernehmen, damit die Sicherheit und Ordnung der Schülerinnen und Schüler im Bus gewährleistet wird.

In die Überarbeitung der Maßnahmen der Schülerbeförderung sind die Ausschüsse, insbesondere der Schul-, Sport- und Kulturausschuss, einzubeziehen und der Kreistag ist am 16. 12. über den aktuellen Stand zu informieren.

Schulen, Eltern und Schüler müssen rechtzeitig über die geplanten Änderungen, auch wenn sie erst nach den Weihnachtsferien in Kraft treten sollen, informiert werden.

In der Schülerbeförderung muss ein besserer Standard eingefordert werden. Wir müssen auch als Mitglieder des Kreistages die Satzung zur Schülerbeförderung im Landkreis hinterfragen. Es ist anzustreben, dass alle Schüler einen Sitzplatz haben müssen. Die sichere Beförderung unserer Kinder liegt uns am Herzen und sollte oberste Priorität haben. Besser wäre noch, die Gurtpflicht einzuführen, so wie es auch in den Pkws vorgeschrieben ist.

Der Landrat und die Verwaltung müssen bis zum Dezember-Kreistag analysieren, welche zusätzlichen Kosten bisher und welche zusätzliche Kosten für den Haushalt 2011 auf den Landkreis zukommen. Dabei ist die Beförderung auch der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen, die die Horte besuchen.

Im Interesse aller Betroffenen hoffen wir, dass die Probleme so schnell wie möglich gelöst werden.

Frau Braun sagt zunächst an Herrn Rettig gerichtet, Ihr Vortrag war von A bis Z so tiefgreifend analytisch, dass ich mir deshalb eine Wiederholung ersparen kann. So Nahe waren wir uns noch nie in einer Problematik. Dafür möchte ich Ihnen herzlichst danken.

Den Eltern, die heute oben auf der Tribüne sitzen, möchte ich an dieser Stelle, auch im Ergebnis des vorgestrigen Schulausschusses sagen, dass es den Mitgliedern des Kreistages insgesamt außerordentlich Leid tut, was Sie in den letzten Tagen und Wochen hinnehmen mussten. Ich habe ebenfalls von Herrn Ziehlke und auch von anderen Eltern Post erhalten und sie unverzüglich dem Landrat zukommen lassen. Natürlich habe ich eine Kopie behalten, das wir die Kontrolle darüber haben, was mit Ihren kritischen Hinweisen passiert.

Nichtsdestotrotz ist es schlecht weg ein Desaster. Das müssen wir uns auch leider eingestehen. Dieses Desaster haben Menschen verursacht, die für diese Aufgabe bezahlt werden. Wir als Mitglieder des Kreistages haben uns bemüht, im Rahmen unserer Möglichkeiten und unserer Kenntnisse als Ehrenamtliche dem zu vertrauen, was uns vorgetragen wurde. Wir müssen den „Fachexperten“ glauben, die uns hier einen kostenaufwendigen Nahverkehrsplan vorgetragen haben. Ich bin kein Verkehrsexperte. Ich bin eigentlich Sozialarbeiter. Ich muss Ihnen aber ganz offen und ehrlich sagen, das ist alles so schön und die Folien, die aufgelegt werden, zeigen immer, dass es funktioniert. Und davon sind wir ausgegangen. Deshalb haben wir dem auch, so wie es Herr Rettig schon sagte, ganzheitlich zugestimmt. Natürlich haben wir als Ihre gewählten Vertreter des Kreistages eine Verantwortung nachzufragen und zu überprüfen. Das haben wir im Schulausschuss auch getan. Parteiübergreifend waren wir uns einig und haben immer gesagt, dieses komplexe Werk eines Nahverkehrsplanes ist für ehrenamtliche Nichtfachleute nicht zu erfassen. Wichtig sind uns die Eckpunkte, das sich nichts für unsere Kinder verschlechtert, obwohl der Landkreis einsparen wollte. Deshalb gab es ja die Studie, um Effektivität hereinzubringen, weil auch wir manchmal gesehen haben, dass leere Busse doppelt oder dreifach gefahren sind und wir uns gefragt haben, was da los ist? Wir wollten eine Erhöhung der Effektivität erreichen. Aufgrund der Personalentwicklungskosten, der Spritpreisentwicklung etc. waren wir uns darüber im Klaren, dass es kaum billiger zu machen ist, als was wir bisher hatten. Die Schulentwicklungsplanung und das Kinderförderungsgesetz sind uns vom Land Sachsen-Anhalt vorgegeben. Wir haben diese Gesetze einzuhalten und haben uns danach zu richten. Das Schulgesetz LSA sagt, man hat einen Rechtsanspruch auf eine Hin- und eine Rückfahrt. Wir als Kommunalpolitiker haben aber gesagt, die Lebenswirklichkeit an unseren Schulen ist inzwischen eine andere. Nach Kinderförderungsgesetz sind die Bedarfe der Eltern und Kinder zu beachten, nämlich die Betreuungsangebote in den Vor- und Nachmittagsstunden. Das haben wir versucht zu realisieren und darauf aufmerksam zu machen. Der Schulausschuss des Kreistages hat immer gesagt, dass es keine Verschlechterung geben darf. Die Hortzeiten sind einzuplanen, denn durch die Schulentwicklungsplanung sind die Wege weiter geworden. Die Kinder haben einen langen Tag. Das muss alles 100 %ig stimmig sein. Wir hatten keinerlei Bedenken, dass es schief gehen könnte. Wir waren guter Hoffnung, dass es wirklich funktioniert.

Zwischenzeitlich wissen wir alle, was dabei heraus gekommen ist. Es war eine Kette von Fehleinschätzungen. So wie der Landrat es auch schon versprochen hat, verspreche ich Ihnen, dass wir im Nachhinein, wenn alles in Ordnung ist, diese Kette der Fehleinschätzungen analysieren werden, wer wo nicht aufgepasst, wer wo welche Verantwortung nicht wahrgenommen, wer dafür insgesamt die Verantwortung zu tragen hat bzw. wie es dazu kommen konnte. Liebe Eltern, ich bitte Sie, noch etwas Geduld zu haben. Ich habe heute gehört, dass es an einigen Bushaltestellen inzwischen eskaliert, das Schüler sich weigern, einzusteigen, wenn sie kein Sitzplatz haben. Hierzu muss ich Ihnen sagen, das kann es natürlich auch nicht sein. Bitte beruhigen Sie Ihre Kinder. Wirken Sie

auf sie ein. Wir sind echt bemüht, alles Erdenkliche dafür zu tun, dass alles in Ordnung kommt. Wir dürfen uns aber jetzt nicht gegenseitig hochschaukeln, das es zur Eskalation kommt. Denn Ihre Kinder sind uns wirklich das Wichtigste. Sie müssen lernen, sie müssen pünktlich ankommen und sie dürfen nicht zusätzlichen Stress erfahren. Auch die Eltern nicht, denn sie haben auch einen schweren Arbeitstag, wer heute noch arbeiten darf. Das wissen wir alles. Wir fordern deshalb, regionale Arbeitsgruppen dort durchzuführen, wo die Problemfelder noch sind, gemeinsam mit Schulleitern, Hortleitern, mit Stadtvertretern und mit Kommunalpolitikern. Der Landrat hat dies zugesichert. Diese Konferenzen finden mit Schulamt und ÖPNV zusammen statt, um detailliert vor Ort diese Dinge zu besprechen. Meine Bitte an alle ist, mit Besonnenheit und Verständnis an die Abarbeitung der Problemfelder heranzugehen, auch wenn es schwer fällt. Wir machen uns die Aufgabe vor Weihnachten nicht leicht. Wir werden Ihnen am 14. Dezember im Schulausschuss und am 16. Dezember im Kreistag wieder Rede und Antwort stehen. Vertrauen Sie uns, wenn es auch schwer fällt.

Herr Kühnel bemerkt, hier zu sprechen, fällt mir heute schwer, denn wir haben uns alle schuldig gemacht. Der ganze Kreistag. Und wenn hier jemand versucht, Schuldzuweisungen an irgendeiner Stelle zu machen, dann muss ich uns alle in die Pflicht nehmen und sagen, wir haben alle versagt. Bei der letzten Konzession ist seinerzeit von uns allen behauptet worden, wir müssen diese Aufgabe lösen, dann klappt es besser. Jetzt haben wir selber ausschreiben lassen. Wir erleben nun das größte Chaos, was wir je im Landkreis hatten. Meine lieben Eltern, es geht hier nicht ums Geld, nicht um die Ehre und nicht um Schuldzuweisungen, sondern es geht darum, dass unsere Kinder wieder vertrauensvoll in die Busse steigen können und ihre Schulen erreichen. Wir werden uns an keinen Schuldzuweisungen beteiligen. Unsere Fraktion übernimmt eine Mitschuld an dieser Katastrophe. Und ich sehe auch keine andere Fraktion, die sich hier heraus nehmen kann. Das sollte man in dieser Debatte sagen. Bei Frau Braun bedanke ich mich besonders, dass sie vorgestern eine so offene Schulausschusssitzung geleitet hat und das die Presse sich mit Schuldzuweisungen zurückgehalten und wirklich so berichtet hat, wie es der Sache zukommt. Diesmal muss ich auch Herrn Rettig sagen, dass diese öffentliche Debatte, die die Fraktion Die LINKE-Bündnis 90/Die Grünen eingefordert hat, richtig ist. Aber wie gesagt, die Forderungen, die Sie stellen und die Versäumnisse, die müssen Sie genauso an Ihre Fraktion richten, wie wir an unsere. Wir müssen zeigen, dass wir uns hier nicht parteipolitisch darüber auseinander setzen, wer wann mal etwas gesagt hat und welche Passage in welcher Debatte richtig oder falsch war.

An den Landrat gerichtet sagt er, wir hatten hier 20 Jahre Kreistag und ich bin 20 Jahre mit dabei. Aber so etwas haben wir noch nicht erlebt. Wir müssen es hin bekommen.

Herr Wiese will nicht wiederholen, was alles schon gesagt wurde. Er möchte aber an eine große Annonce in der gestrigen Volksstimme erinnern. Hier hat uns die Bundeskanzlerin 4 Punkte versprochen. Einer der versprochenen Punkte war die Bildungsrepublik Deutschland. Wir sollten alle wirklich ernsthaft etwas tun, um den Kindern im ländlichen Raum diese Bildungsmöglichkeiten zu schaffen und nicht mit unseren Möglichkeiten die letzten jungen Leute aus dem ländlichen Raum vertreiben.

Zwei Punkte sind bis jetzt noch nicht angesprochen worden, die ich hier aber erwähnen möchte. Ich finde es nicht in Ordnung, dass unsere Kinder teilweise bis 40 €/Monat mehr Geld bezahlen müssen. Ich weiß nicht, ob wir nun eine Umlage oder eine versteckte Steuer auf die Bürger schaffen wollen? Da geht die Fraktion Landwirte für die Region jedenfalls in keiner Weise mit.

Weiterhin möchte ich noch einmal an die Problematik Hort erinnern. Man hat uns in drei Sitzungen des Schulausschusses zugesichert, dass alles eingehalten wird. Die Eltern bezahlen die Hortzeit. Wenn die Schüler aber nur 45 Minuten Zeit haben, im Hort zu sein, dann brauchen sie dafür kein Geld zu bezahlen.

Ein Punkt liegt mir im ländlichen Raum ebenfalls wahnsinnig am Herzen. Wir reden jetzt über die Schüler. Das ist auch richtig und wichtig. Wir müssen erst einmal dafür sorgen, dass alle Schüler sicher zur Schule kommen. Aber wir vergessen auch nicht unsere älteren Bürger im ländlichen Raum, die kein Auto haben, die nicht mehr in den Dörfern einkaufen können und die nicht zum Arzt in den Dörfern gehen können, sondern die nach Seehausen, Osterburg, Tangerhütte und sonst wo hinfahren müssen. Diese müssen mehr Geld bezahlen und haben wesentlich größere Probleme. Wir müssen die Gegebenheiten hier wesentlich verbessern, und wenn wir dafür mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Sonst sorgen wir absolut dafür, dass solche Regionen wie die Wische leergezogen werden.

Die Fraktion Landwirte für die Region hat noch 7 Punkte aufgeschrieben, die auch im Schulausschuss genannt wurden. Ich werde sie jetzt nicht alle vorlesen. Ich übergebe sie dem Vorsitzenden des Kreistages mit der Bitte, dass sie mit ins Protokoll aufgenommen werden.

Nachfolgend werden nunmehr die 7 Forderungen an den Landkreis zum Schülertransport der Fraktion Landwirte für die Region niedergeschrieben:

1. Sicherer und pünktlicher Transport der Schüler und Fahrgäste
2. Einhaltung der Schülerbeförderungssatzung
3. Vermeidung des Umsteigens von Schülern der Sekundarschulen und Gymnasien/Verbot des Umsteigens von Grundschulern
4. Sicherung des Schülertransportes nach dem Hort
5. Kein Schüler bezahlt mehr als vorher
6. Maximale Auslastung der Busse von 75 % muss eingehalten werden
7. Ergänzung: Absicherung der Beförderung nach der 9. Stunde bzw. bei späteren Schulbeginn

Frau Kunert äußert, auch wenn wir uns als Fraktionen nicht die Schuld zuweisen wollen, fühle ich mich nicht schuldig. Wenn die Frage gestellt wird, wer einen Fahrplan zu genehmigen hat, dann ist es nicht der Kreistag. Dann ist es wahrscheinlich die Verwaltung. Diese Frage ist ja in diesem Raum heute nicht beantwortet worden. Oder wenn es darum geht, wie lange Kinder in einem Hort sein dürfen, dann ist es etwas, was ich nicht weiß und was ich auch nicht zu entscheiden hatte. Und insofern ist es auch die Pflicht von Kreistagsmitgliedern, dass wir das genau hier herein holen, weil nämlich die jetzt die Leidtragenden sind, die dafür gar nichts können. Und deswegen sage ich ganz deutlich für mich und für meine Fraktion, wir fühlen uns nicht schuldig. Aber selbst Lenin hat gesagt, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Vielleicht müssen wir in Zukunft noch mehr nerven und mit Fragen bohren, denn ich weiß, dass wir sehr oft gefragt haben, wie es funktionieren soll. Man wollte die Kosten bei 2,9 Mio. € deckeln und hat immer gesagt, das ist das Modell aus Wittenberg. Das läuft dort gut und das wollen wir jetzt einführen. Es ist dem Sinne auch keine Ausschreibung gewesen, wie es immer erzählt wurde, sondern eine Angebotseinholung, weil man sagte, man will es so machen, wie in Wittenberg. Es geht auch überhaupt nicht darum, dass wir hier irgendwelche Leute auffordern zu gehen. Wir möchten aber genau wissen, woran es gelegen hat und was es uns noch kostet.

Herr Kühnel wendet sich an Frau Kunert und sagt, dass es das Sprichwort gibt: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Wir können uns hier nicht hinstellen und nach Schuldigen suchen, wenn wir noch in der vorletzten Schulausschusssitzung damit zufrieden waren, dass man uns mitgeteilt hat, es wird Anlaufschwierigkeiten geben, aber der Fahrplan wird klappen. Nur der hat hier berechtigt Forderungen zu stellen, der schon vorher diese Dinge geahnt oder gewusst hat. Denn auch in Wittenberg gibt es LINKE-Vertreter und CDU-Vertreter. Und dort läuft es und hat es geklappt. Hier ist etwas passiert, was wir alle zu verantworten haben. Und was hinterher nicht geklappt hat, das weiß man dann immer. Hinterher, sagt ein Sprichwort, ist der Mensch immer schlauer. Das ist hier jedoch nicht die Problemlösung. Der Landrat hat jeden Einwand aufzunehmen und jeden Einwand abzuarbeiten. Die Eltern haben heute eingefordert, mitzuarbeiten, was ich wichtig finde. Lasst sie mitarbeiten, lasst Euch in die Karten schauen und beantwortet jede ihrer Fragen. Ich betone es hier ausdrücklich, ich möchte mich nicht an Schuldzuweisungen beteiligen. Frau Kunert, Sie haben genau mit Schuld. Sie sitzen mit im Bundestag und haben die Mittel, den Bundestag über Missstände in Kenntnis zu setzen und was es für die Betroffenen bedeutet. Es ist viel ehrlicher zu sagen, ich habe mit Schuld. Das müsst Ihr auch mal lernen. Ihr könnt nicht immer nur alles in Frage stellen.

Herr Jesse möchte sich dem anschließen, was Herr Kühnel gesagt hat. Ich fühle mich mitschuldig, das ich dem zugestimmt habe, weil es vom gesunden Menschenverstand einem Unternehmen gar nicht möglich ist, wenn soviel Geld eingespart wird, einen besserer ÖPNV hinzubekommen. Das konnte nicht klappen. Und deswegen sind wir alle mitschuldig.

Der Landrat sagte eingangs, dass im ÖPNV fast das gleiche Geld drinne ist. So wurde formuliert. Wir haben eine völlig andere, eine schlechtere Qualität. Es muss sich mal Jemand in Iden hinstellen. Die Busse kommen von Werben, Schwarzholz, Walsleben etc. Die Schüler steigen aus und werden auf zwei Busse aufgeteilt. Das passiert in Iden im öffentlichen Verkehr. Die Busse weichen in den Neubaublock aus. Die Leute regen sich dort auf. Man kann warten, wann da was passiert.

Eine neue Qualität ist auch beim Umsteigen. Sie wissen alle, dass die Kinder eine Stunde unterwegs sind. Es gibt keine Toilette. Die Schüler verschwinden jetzt im Moment irgendwo in den Büschen, hinter Pkws oder hinter Bussen. Da kannst Du warten, bis etwas passiert.

Herr Wiese hat das Problem mit unseren Rentnern angesprochen. Schauen Sie sich den Busfahrplan an. Ich habe ihn mir heute zeigen lassen. Es gibt hier das Telefonzeichen. Es ist also ein Rufbus. Außer des Schülerverkehrs gibt es nur Rufbusse. Es gibt nicht einen Bus außerhalb des Schülerverkehrs, wo der Rentner nicht anrufen und wo er nicht grundsätzlich 1 € mehr bezahlen muss. Ein weiteres Problem ist, dass er telefonisch nicht durch kommt, um den Rufbus abzufordern. Es ist unmöglich für Rentner in die Stadt zu kommen. Es müssen Busse eingerichtet werden, meinetwegen dienstags und freitags, die fahren und nicht Rufbus sind. Eine Tatsache ist auch, wer nicht angerufen hat, zur Bushaltestelle geht und mitfahren will, der wird nicht mitgenommen.

Herr Berlin führt aus, dass am Dienstag im Schulausschuss auch mit dem Geschäftsführer über die Problematik diskutiert worden ist. Er hat bis zum 14. 12. die Änderungen, die ab dem neuen Jahr gelten, zugesagt. In der Einwohnerfragestunde wurde nach den Kosten der Untersuchung gefragt. Der Landkreis hat dafür etwas bezahlt. Wir müssen also auch an diese Firma heran treten. Was hat man uns da geliefert? Wie waren überhaupt die Bedingungen für die Busunternehmen, die sich beworben haben? Im Endeffekt haben wir im Haushalt nicht soviel eingespart. Es ist nicht so, dass wir jetzt nur noch die Hälfte bezahlen. So wie Herr Jesse gesagt hat, hat sich alles verschlechtert. Nicht nur beim Schülerverkehr, sondern auch bei den älteren Bürgern. Ich sehe das bei uns. Die Leute bei uns fahren nach Stendal. Da ist kaum noch ein Einkommen. Es gab früher auch schon mal Probleme, dass ein Schüler stehen geblieben ist. Heute ist es aber richtig massiv. Hier sollten wir auch an das Planungsunternehmen heran gehen, wie überhaupt die Bedingungen für diese Busunternehmen waren, die sich beworben haben. Welche Grundlage war vorhanden?

Zur Frage schuldig oder nicht schuldig? Was ist Schuld in der Beziehung? Manche Dinge hätten wir vielleicht besser kontrollieren müssen. In den Protokollen des Schulausschusses steht es. Vielleicht müssen wir demnächst, so wie es Frau Kunert und Herr Rettig gesagt haben, öfters nachhaken. Wir können aber nicht sagen, wir haben nichts damit zu tun. Der Landrat hat sich am Dienstag im Schulausschuss vor seine komplette Verwaltung gestellt. Er hat zu untersuchen, wer da irgendwo Mist gebaut hat. Der Geschäftsführer von stendalbus, Herr Rößler, hat zugesagt, dass Änderungen vorgenommen werden. Was ich aber fordere, gerade bei den Grundschulern: ab sofort kein Umsteigen mehr, das nicht erst nach Weihnachten, und dass die Schüler nicht irgendwo draußen herum stehen müssen. Ich merke es bei uns - früher sind an unserer Grundschule 2 Busse angekommen. Jetzt sind es 3 Busse. Wieso müssen es zuviel Busse sein? Manchmal fragt man sich, zahlen wir jetzt vielleicht für eine Leistung mehr Geld, obwohl wir nicht mehr Geld ausgeben, die gar nicht da ist? Und das ist zu untersuchen.

Am Dienstag hatte ich im Schulausschuss eine Anfrage bzgl. der Schulbusbegleiter gestellt. Eine Mutter aus Wilhelmshof hatte an diesem Tag schon die Situation dargestellt. Ich bitte darum, dass wir aus dem Schulamt Leute verstärkt heranziehen, wenn keine Schulbusbegleiter vorhanden sind. Bei solch kritischen Strecken muss man Jemand vom Schulamt dort mit reinsetzen. Und wenn es erst einmal nur für dieses Jahr ist, bevor wir hierfür die neuen Mitarbeiter über die Arbeitsförderungs-gesellschaft bekommen.

Der Landrat sagt, auch mir fällt es schwer, heute hier vor dieses Pult zu treten. Ich kann nur wiederholen, was ich am Dienstag schon im Schulausschuss gesagt habe: für die Turbulenzen und für das, was allerhand in der Verwaltung passiert ist, übernehme ich die volle Verantwortung und entschuldige mich bei den Eltern und bei den Schülern für das, was wir Ihnen in den letzten Wochen zugemutet haben. Ich will nicht auf Details und Verfahren eingehen. Alles, was hier gesagt wurde, war richtig. Es gibt nichts zu verharmlosen und nichts zu beschönigen. Ich kann von hier aus auch nur noch einmal die Botschaft senden: Wir arbeiten mit Hochdruck von früh bis abends, das können Sie uns wirklich glauben, an einer Verbesserung der Bedingungen.

Es sei nur noch mal soviel zu sagen: Beim ersten Entwurf des Fahrplanes hat es Auflagen und Anhörungen gegeben. Als wir dann im September den zweiten Entwurf vorgelegt bekommen haben, war uns klar, dass es nicht ohne größere Probleme abgeht. Uns und vor allem mir war klar, dass uns für die komplette Umstellung dieses

Systems einige Monate Zeit fehlen. Die Arbeitsgruppen vor Ort haben sich bewährt. Einige haben schon stattgefunden. So Anfang der Woche in Bismark und in Osterburg, wo Eltern, Schulleiter, Gemeindevertreter und unsere Fachleute mit dem Unternehmen gegessen und konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet haben.

An Herrn Berlin zugewandt sagt der Landrat, dass ab Montag schon zusätzliche Schulwegbegleiter zum Einsatz kommen. Das haben wir kurzfristig mit unserer Arbeitsförderungsgesellschaft klären können. Dort werden also Umverteilungen vorgenommen.

Zu den Finanzen: Natürlich war es das Ziel, ein Stück weit die Problematik zu deckeln. Aber ich sage es noch einmal, es ist unheimlich kompliziert. Wir sind jetzt in dem glücklichen Umstand, dass zusätzliche 45 a-Mittel für unseren Landkreis bereit stehen. Im neuen ÖPNV-Gesetz gibt es einen neuen Schlüssel. Das habe ich in diesen Tagen klären können und ist mit dem Verband abgestimmt. So das ich hoffe, mit diesem Polster und auch mit anderem es so gestalten zu können, dass es in Bälde ohne größere Probleme abgeht.

**zu TOP 7 Mitgestaltung des Kreistages bei der Entwicklung und Arbeit des Jobcenters Stendal
- Antrag der Fraktion Die LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 194/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Frau Dr. Paschke führt aus, dass bis in den Herbst hinein die Monate vor allem dadurch gekennzeichnet waren, dass sich die Gremien des Kreistages, die Fraktionen und der Beirat eine Position erarbeiteten, in welcher Form die Betreuung von Arbeitssuchenden erfolgen soll, in der Option oder in dem zukünftigen Jobcenter, welches im Grundsatz die einmal gewählte Struktur beibehält.

Die Diskussionen waren aus meiner Sicht intensiver als in den jahrelang geführten Diskussionen im Beirat oder in anderen Gremien zuvor und machten deutlich, dass der Kreistag seiner sozial- und wirtschaftspolitischen Verantwortung noch besser und unbedingt gerecht werden will.

Dies auch noch einmal öffentlich zu machen, wäre aus meiner Sicht und aus der Sicht meiner Fraktion tatsächlich am besten gelungen, wenn die Entscheidungsvorlage nicht einfach nur zurückgezogen worden wäre, sondern wir sie im Kreistag diskutiert und gesagt hätten, eine Mehrheit möchte sie nicht und das man überhaupt noch einmal öffentlich darüber spricht, warum man sich denn für diese „Beibehaltung“ der ARGE bzw. später des Job-Centers ausspricht. Das ist zunächst aber erst einmal nebensächlich im Verhältnis jetzt zu den Dingen, die wir beantragt haben. Wir haben nämlich alles aufgegriffen, was unserer Meinung nach in den Jahren davor nicht optimal gelang und was wir unbedingt bei der Bildung des Job-Centers, also ab Januar 2011, berücksichtigen sollten, um die Defizite, die wir im Sommer in den Beiratssitzungen und in den Fraktionen diskutiert haben, abzustellen. Und da gibt es keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, wenn die Umstellung von der ARGE in das Job-Center mit unterschiedlichen Veränderungen passiert.

Gegenwärtig leben erstmals in unserem Landkreis unter 10.000 Bedarfsgemeinschaften. Ich weiß, alle Fraktionen, fraktionsübergreifend hinweg, sagen, dass sind eben auch noch knapp 10.000 zu viel. Wir werden diese Zahl nicht auf Null senken können, aber wir werden darum ringen müssen, dass die Bedingungen vor allem in finanzieller Hinsicht, die sich in dem nächsten Jahr drastisch verschlechtern, besser werden. Umso wichtiger ist es, dass der Kreistag auch mit entscheidet, welche politischen Schwerpunkte beim Ausgeben des Geldes gesetzt werden. So hatten wir im Jahr 2010 25 Mio. € für Eingliederung, Integration und ähnliches zur Verfügung. Als Planungsgrundlage werden im Jahr 2011 ca. 16 Mio. € zur Verfügung stehen. Das sind drastische Unterschiede. Es bestehen noch Verbindungen, sodass die neuen Aufgaben, die wir lösen wollen, nur ganz gering sind und wir sozusagen an der Tischdecke ziehen. Um so mehr ist es erforderlich, Schwerpunkte zu setzen. Die letzte Beiratssitzung, die vorgestern stattfand, war alles in allem schon ein Anfang.

Der Kreistag und auch alle regionalen Akteure sollten diskutieren und Problemlagen im Vorfeld schon abstimmen. Dazu nur ein Beispiel: Mitte Dezember wird auf Bundesebene eine Entscheidung zu den Bildungsgutscheinen getroffen. Ab Januar soll es mit der Verteilung losgehen. Keiner weiß bisher, wie es ablaufen soll. Zudem sind dort bisher Vorschläge drin, da sträuben sich einem die Nackenhaare. Aber von diesen und anderen Schwierigkeiten sollten wir wissen. Ich kann es in gewisser Weise nachvollziehen, dass der Landrat sich dieses Problem

nicht auf den Tisch ziehen will und offiziell das auch der ARGE mitgeteilt hat, das die ARGE und später das Job-Center diese Bildungsgutscheine austeilten soll. Aber wir hätten schon erwartet, dass die Sachlage nicht ausschließlich in der Verwaltung erörtert wird, sondern dass man vorher informiert ist, dass man dann auch weiß, welche Probleme anliegen. Wir werden bei der Umsetzung eines sehr schlecht gestrickten Gesetzes solche Probleme bekommen. Man muss rechtzeitig Kenntnis über derartige Problemlagen erlangen, um sich ein Gesamtbild zu machen.

Die Fraktion Die LINKE-Bündnis 90/Die Grünen hat in den Punkten 1 bis 6 des Antrages beschrieben, was wir uns vorstellen und worüber wir diskutieren sollten, um zu einer besseren Kommunikation zwischen Trägerversammlung, Beirat, Kreistag und regionalen Akteuren zu kommen.

Ich möchte nunmehr auf den Punkt 7 unseres Antrages kommen. Hier schlagen wir vor, eine Schlichtungsstelle einzurichten. Sehr häufig steckt bei Widerspruchsverfahren nämlich das Problem des Kommunikations- und Informationsdefizits zwischen dem Betroffenen und dem Bearbeiter der Widerspruchsstelle vor. Sehr häufig sehen sie sich gegenseitig als Kontrahenten an. Und da wäre es sehr wichtig zu schauen, ob man hier etwas tun kann, was zwischen Widerspruchsstelle und Sozialgerichtsbarkeit geschaltet wird. Wir haben im Landkreis an Widersprüchen sehr viel abgearbeitet. Die Widersprüche sind aber steigend. Monatlich gehen im Durchschnitt 370 neue Widersprüche ein. Von 2008 bis 2010 gab es eine kontinuierliche Steigerung, sodass wir Ende des Jahres 2010 sicherlich eine Anzahl erreichen werden, die über 4.100 liegt. Und da finden wir es ganz wichtig, dass wir dort irgendwo tatsächlich mehr Abhilfe gestalten. Ich hatte vor 3 Tagen ein Gespräch mit einem Verantwortlichen der Sozialgerichtsbarkeit unseres Landes. Es ist gesagt worden, man könne sich vor Sozialgerichtsverfahren kaum retten. Auch aus unserer Region. Und der Weg zum Sozialgericht nach Magdeburg ist bekanntlich weiter geworden. Manche Kollegen in der Sozialgerichtsbarkeit arbeiten noch Fälle von 2003 ab. Fälle von 2008/2009 sind die Regel. Es sind dort mehr als 17.000 Fälle anhängig, wo die Richter nicht mehr wissen, wie sie es schaffen sollen. Nun kann man sagen, dann muss mehr Personal hin. Man kann aber auch schauen, was wir selbst als Landkreis im Interesse der Betroffenen leisten können.

Wir haben in der Begründung angeführt, dass es schon solche guten Beispiele gibt. Bundesweit erlangte die Stadt Pirmasens Aufmerksamkeit. Auf der Landesebene Rheinland-Pfalz hat man sich gewundert und gefragt, was ist denn hier los, warum gibt es hier nur eine Klagequote von 0,6 % je Bedarfsgemeinschaft beim Sozialgericht. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 6,1 % je Bedarfsgemeinschaft. Es liegt genau an diesem Fakt, weil sie eben eine Schlichtungsstelle haben. Wir bitten sehr, dass man darüber diskutiert. Unsere Fraktion hat recherchiert und gefunden, dass der Landkreis Dame-Spreewald am 10.11.2010 einen Antrag, eingereicht von CDU und SPD, gestellt hat, dass auch dort solche Schlichtungsstelle eingeführt wird.

Ich weiß ja, dass man sich heute nicht sofort für alle Punkte des Antrages entscheiden kann. Ich weiß auch, dass wir ein bisschen Gebrandmarkt sind, wenn wir sagen, wir schicken den Antrag in die Ausschüsse. Wir sollten diesen Antrag aber dennoch zumindest in den Wirtschaftsförderungsausschuss, Sozialausschuss und in den Kreisausschuss verweisen und, wenn es geht, am 16. 12. 2010 im Kreistag, wenn vielleicht auch in veränderter oder in ergänzter Fassung, beschließen. Denn ab Januar 2011 muss das Job-Center laufen, müssen wir die Verträge geschlossen haben bzw. dann in der Folge beschließen. Ich finde es sehr wichtig, dass wir hier ein bisschen im Voraus handeln, auch aufgrund der gesammelten Erfahrung.

Der Vorsitzende erklärt, dass er jetzt die Sitzung unterbrechen werde, da die Schüler dem Landrat noch die Unterschriftensammlung übergeben möchten.

Durch die Elternschaft und die Schüler werden nunmehr die Petition und die Anfragen übergeben.

Der Vorsitzende setzt die Sitzung fort und erteilt Herrn Kühnel das Wort.

Herr Kühnel bemerkt, dass Frau Dr. Paschke hier ein sehr wichtiges Thema angesprochen hat. Wir haben uns ja dafür entschieden, die Option nicht zu ziehen. Deshalb ist es logisch, dass wir uns als Partner damit beschäftigen, dieses von unserer Seite auszugestalten. Es fehlen hier jedoch noch einige Punkte. Man muss z. B. ebenfalls das Problem angehen, dass Missbrauchsfälle bei Bedarfsgemeinschaften mit aufgenommen werden, denn es ist ja allgemein bekannt, dass es unter jeder Leistungsmaßnahme schwarze Schafe gibt. Deshalb sollte dieser Punkt ebenfalls aufgenommen werden. Frau Dr. Paschke hat die Stadt Pirmasens angesprochen. Es war ja auch im Fernsehen und war sehr interessant. Man sollte das wirklich probieren, denn es hilft allen Beteiligten, Kosten zu sparen und wird letztendlich auch akzeptiert. Deshalb bitte, dem Vorschlag von Frau Dr. Paschke zur Verwei-

sung in die Fachausschüsse zuzustimmen und den vorliegenden Antrag in die Ausschüsse zur Beratung zu schicken. Eine zeitliche Vorgabe würde ich hier jedoch nicht geben. Wenn die Thematik noch mehr Beratungsbedarf hat, dann sollten wir uns die Zeit nehmen. Wir haben gerade bei den Schülern gesehen, was passieren kann. Ich möchte nicht noch einmal den Fehler machen, übereilt in einem Monat dieses Problem zu klären, denn wir haben mit der Sache Schule genug zu tun. Und bevor diese Sache nicht geklärt ist, muss alles andere warten. Aufgrund der vorherrschenden Probleme möchte ich diese Begrenzung nicht haben. Wir machen es dann, wenn wir soweit sind.

Herr Berlin kann dem Antrag von Frau Dr. Paschke zur Verweisung der Drucksache in die Ausschüsse folgen. Man sollte aber die ARGE bei der Mitgestaltung beteiligen, denn die ARGE besteht aus Landkreis und Agentur. Wir richten hier vielleicht eine Schiedsstelle ein oder Beschwerdestelle oder Schlichtungsstelle und dort sagt man, tut uns Leid, ohne uns macht ihr sowieso nichts. Also sollte man sie mit einbeziehen.

Frau Dr. Paschke hat das Sozialgericht erwähnt. Ich möchte schon ganz gerne, dass das Sozialgericht zurück kommt. Diese Fehlentscheidung sollte der Landtag zurücknehmen, weil es hier für die Altmark einen Arbeitsamtstandort Stendal gibt. Die Wege werden nicht nur weiter. Ich glaube, die Richter müssen auch nach Stendal kommen. Ich bezweifle, ob der finanzielle Aufwand, der dem Land dadurch entsteht, weniger wird.

Bezüglich des Termins Ende 2010 sehe ich hier auch ein bisschen ein Problem. Aber ich kann es schon nachvollziehen, dass man einen Termin setzen muss. Deshalb würde ich als Terminstellung das I. Quartal 2011 vorschlagen.

Herr Borstell kann dem bisher Gesagten folgen. Wenn man so eine neue Struktur schafft, braucht man eine inhaltliche Grundlage. Es ist gar nicht so einfach, das so aus dem Stand zu vollziehen. Es muss ja nachher auch funktionieren und mit Leuten besetzt werden. Deshalb schließe ich mich Herrn Berlin an, dass man mit den Akteuren in Ruhe darüber spricht. Auf keinem Fall sollte man aus dem Stand heraus hier zum Jahresende beschließen. Es müsste mindestens der Termin I. Quartal 2011 gelten.

Der Landrat wendet sich an Herrn Berlin und sagt, genau das, was Sie eben als Problem geschildert haben, haben wir heute getan. Wir haben mit der Geschäftsführung der Agentur zusammen gesessen. Es ging aber nun nicht vorrangig um den Antrag der Fraktion Die LINKE, sondern es ging um die sogen. Grundlagenvereinbarung. Es war also so, dass die Agentur fast davon ausgegangen ist, dass man keine Grundsatzvereinbarung mehr bräuchte. Es ist alles im Gesetz festgelegt. Das hat in den letzten Tagen für einige Irritationen gesorgt. Wir haben dann aber kurzfristig einen Termin hergestellt und haben Ihnen dargestellt, dass wir gerne solche Grundsatzvereinbarung wieder abschließen wollen.

Vom Verfahren her gibt es überhaupt keine Frage. Es sind wirklich noch einpaar formelle Dinge zu klären. Das haben wir vorbereitet. Herr Wulfänger wird mit der Geschäftsführung in den nächsten Tagen weitere Gespräche und Verhandlungen führen. Das vor dem Hintergrund, dass eine oder andere inhaltlich zu ändern, um nicht zu sehr in die Belange der Agentur einzugreifen. Die Agentur hat auf der anderen Seite akzeptiert, dass wir die Beiratszusammensetzung im Wesentlichen so belassen, wie sie bisher war. Unser Wunsch und unsere Forderung war also, dass pro Fraktion des Kreistages ein Vertreter in den Beirat entsandt wird. Hier haben wir uns überlegt, dass wir diesen Punkt als separate Lösung unabhängig von der Grundsatzvereinbarung umsetzen und die Vertreter des Kreistag im Dezember schon beschließen können.

Vorgesehen ist, am 8. Dezember im Sozialausschuss erste Vorstellungen dieser Grundsatzvereinbarung vorzulegen. Hier würde natürlich der eine oder andere Punkt Ihres Antrages mit einfließen.

Zur Schlichtungsstelle: Diese Thematik habe ich mit der Geschäftsführung der ARGE beredet. Vorgesehen ist, dass wenigstens eine zusätzliche Beratungsstelle bei der ARGE eingesetzt wird. Jetzt ist aber gemeinsam mit der ARGE zu diskutieren, ob das dem, was Sie sich vorstellen, nahe kommt. Die Frage ist natürlich auch, ob eine Beratungsstelle wirklich ausreicht oder ob man dann noch mehr einsetzt und wie man diese Aufgaben deponiert. Wir werden auch diesbezüglich weitere Gespräche führen.

Ansonsten würde ich es ausdrücklich begrüßen, die Drucksache in die Ausschüsse zu verweisen. In unserer Zeitplanung ist Ende Januar 2011 ein Kreistag vorgesehen. Bis spätestens zu diesem Termin werden wir sicherlich soweit sein, dass wir sowohl die Grundsatzvereinbarung als auch auf Grundlage Ihres Antrages ein Papier dazu beschließen können.

Frau Dr. Paschke hat eine Nachfrage: Ich habe den Landrat jetzt so verstanden, dass wir auch über die Eckpunkte der Grundsatzvereinbarung im Kreistag beschließen. Stimmt dieses?

Der Landrat antwortet, wir haben der Agentur klar gemacht, dass der Kreistag eine solche Grundsatzvereinbarung beschließen möchte. Die Grundlage ist der Entwurf der kommunalen Spitzenverbände. Da sind wir uns einig, der muss ein bisschen entschlackt werden. Eine Argumentation ist z. B., was im Gesetz steht, muss nicht noch einmal extra aufgeführt werden. Die Agentur möchte natürlich auch, dass differenzierter dargestellt wird, was im wesentlichen ihre Aufgabe ist.

Frau Dr. Paschke hat noch eine kurze Anmerkung zu Herrn Kühnel: Wir haben in einem Punkt vorgeschlagen, dass der Landrat am Ende des I. Quartals 2011 die Problemlagen auflistet. Da ist alles drin, auch wenn es um Sanktionen geht. Wir haben uns im Beirat zu dieser Frage verständigt. Das ist auch ein Thema, wo man drüber reden kann. Ich empfehle jedem die große Anfrage der Fraktion Die LINKEN im Landtag. Im Landtag ist am 11.11.2010 hierüber diskutiert worden. Die Landesregierung hat zu den Punkten Antworten gegeben, wie viel in welchen Kreisen Sanktionen sind, wie lange die Widersprüche bearbeitet werden und wie viel Widersprüche offen sind. In unserer Widerspruchsstelle sind es noch 1.000. Hier kann man sich auch mal vergleichen. Wir sind im Vergleich nicht schlecht. Aber wir können noch besser werden.

Frau Braun sagt an den Landrat gerichtet, dass sie das mit der Beratungsstelle nicht verstanden habe. Eine Beratungsstelle ist meines Erachtens etwas ganz anderes als eine Schlichtungsstelle. In einer Beratungsstelle gibt man dem Bürger Empfehlungen, wie er seinen Antrag auszufüllen hat und was er beibringen muss, um seine Rechtsansprüche geltend zu machen. Eine Schlichtungsstelle ist ein unabhängiges Gremium, das zwischen Ablehnungsstelle, also ARGE oder Agentur, und Bürger vermittelt und einen Konsens findet. Auch mal negativ für den Bürger. Und wenn er damit nicht zufrieden ist, kann er sich den weiten Weg nach Magdeburg zum Sozialgericht machen. Es wird ja auch in der Justiz heute so gehandelt, dass es erst einen Versöhnungstermin gibt, bevor es in die Verhandlung eingeht. Das spart Kosten, Wege und Ärgernisse.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt jetzt über den Vorschlag von Frau Dr. Paschke abstimmen, die Drucksache Nr. 194/2010 in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus, in den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie in den Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss zu verweisen.

Des weiteren bemerkt der Vorsitzende, dass die mehrheitliche Auffassung gewesen ist, bis zum 31.03. 2011 die Angelegenheit im Kreistag wieder zu behandeln. Er fragt den Landrat, ob das so zu schaffen ist?

Der Landrat berichtigt die Terminstellung; die Angelegenheit werde man bis zum 31. Januar 2011 wieder im Kreistag behandeln.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Verweisung des Antrages in die genannten Ausschüsse abstimmen.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich, bei 1 Stimmenthaltung und 1 Stimmenthaltung, die Verweisung der Vorlage DS Nr. 194/2010 in die o. g. Ausschüsse.

zu TOP 8 Abberufung und Berufung von sachkundigen Einwohnern in beratende Fachausschüsse **Vorlage: 176/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Wortmeldungen bestehen keine.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 9 Beschlussfassung zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 29. Juni 2010 gemäß § 33 (3) Nr. 5 LKO LSA
hier: überörtliche turnusmäßige Prüfung des Landkreises Stendal im Jahr 2008
Vorlage: 187/2010**

Der Vorsitzende erklärt, dass Herr Berlin darum gebeten hat, dass seine damalige Stellungnahme der Kreistagsfraktion FDP/Zentrum zur Abrechnung der Fraktionsgelder für das Jahr 2006 an den Landrat der Vorlage beigelegt und Bestandteil der Beschlussvorlage wird.

Mit dieser Verfahrensweise erklärt sich Herr Berlin einverstanden.

Wortmeldungen zur Vorlage bestehen keine.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 10 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2009 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 184/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Trumpf, will rückblickend auf das Jahr 2009 heute einiges aus Sicht der Rechnungsprüfung darstellen. Dabei geht es um die Feststellung, ob die Einnahmen und Ausgaben des Kreishaushaltes nach den gesetzlichen Grundlagen und entsprechend unseres Haushaltsplanes erarbeitet und auch bearbeitet wurden. Das kreisliche Rechnungsprüfungsamt erarbeitete den Schlussbericht zur Jahresrechnung nach der Prüfung aller Haushaltsunterlagen aus dem Jahr 2009. Und als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses stelle ich Ihnen heute die Beschlussvorlage 184/2010 vor.

Zu dieser Beschlussvorlage ist uns der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes für das Jahr 2009 vorliegend. Der Schlussbericht bildet gemeinsam mit der Stellungnahme des Landrates zum Bericht die Grundlage für die Diskussion in den Fraktionen, im Rechnungsprüfungsausschuss und ist auch Grundlage für die Beschlussfassung im heutigen Kreistag.

Der Rechnungsprüfungsausschuss befasste sich auf zwei Sitzungen intensiv mit dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes. Verschiedene Fragestellungen wurden in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Landrat und den Beigeordneten diskutiert. Der Rechnungsprüfungsausschuss bestätigte auf seiner letzten Sitzung am 1. November 2010 einstimmig den vorliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes und empfiehlt dem Kreistag, gemäß § 108 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 65 der Landkreisordnung des Landes Sachsen-Anhalt, die Jahresrechnung 2009 zu beschließen und dem Landrat uneingeschränkte Entlastung zu erteilen.

Einige Fragen der Rechnungsprüfer konnten direkt in den Sitzungen geklärt werden bzw. es wurden vom Landrat Lösungswege aufgezeigt. In seiner schriftlich vorliegenden Stellungnahme ist der Landrat noch einmal auf die Hinweise 1 bis 9 eingegangen und hat auch Termine für die Abarbeitung der Hinweise dort benannt. Einige Punkte der Diskussion und Hinweise möchte ich hier noch einmal kurz aufgreifen.

Für das Jahr 2009 werden in der Haushaltsrechnung des Landkreises Gesamteinnahmen in Höhe von 158.486.077,21 € und wiederum höhere Gesamtausgaben im Verhältnis zu den Einnahmen in Höhe von 176.913.756,05 € ausgewiesen. Somit hatte der Landkreis wiederum einen Sollfehlbetrag in Höhe von 18.427.678,84 € zu verzeichnen. Allerdings ist der Sollfehlbetrag kleiner als der geplante Sollfehlbetrag in Höhe von 20.481.700 €. Der strukturierte Fehlbetrag belief sich dabei auf 1.065.817,37 € und war wiederum kleiner als im Jahr davor und auch in den Jahren zuvor.

Obwohl der Landkreis einen geringeren Fehlbetrag verzeichnen kann, verbessert sich die finanzielle Situation nur sehr langsam. Die Grafik auf der Seite 8 des Prüfberichtes verdeutlicht eindeutig, dass im Verwaltungshaushalt, der unseren Schwerpunkt darstellt, die Ausgaben den Einnahmen seit Jahren davon laufen. Der Landkreis ist seit 7 Jahren bei leicht sinkender Tendenz im Durchschnitt mit rund 5,3 Mio. €/Jahr unterfinanziert. Ich

möchte nur daran erinnern, dass wir ab dem Jahr 2011 lt. unserem Konsolidierungskonzept planen, keinen strukturellen Fehlbetrag mehr auszuweisen. Und nur wenn wir im Jahr 2012 im Prüfbericht dieses dann auch erleben, wird unser Haushaltskonsolidierungskonzept wirklich greifen. Ich möchte daher an alle Kreistagsmitglieder und vor allem auch an die Verwaltung appellieren, intensiv am Erreichen dieses Zieles zu arbeiten.

Trotz aller im Bericht aufgezeigten Probleme vermittelt aber der Jahresabschluss eine ordnungsgemäße Haushalts- und Kassenführung. Die Prüfer gelangen zu der Einschätzung, dass der Landkreis über ein geordnetes und zweckdienliches Finanzwesen verfügt.

Folgende Punkte wurden durch das Rechnungsprüfungsamt mit Prüfvermerken versehen, auf die der Landrat in seiner Stellungnahme nochmals einging:

Das Neue Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen: Hier gibt es ja die Zielstellung, am 01.01.2013 das Neue Kommunale Haushaltsrecht entsprechend umzusetzen. Sehr zügige Arbeiten sind auch notwendig. In der Stellungnahme des Landrates sind dazu einige Dinge aufgezeigt, die aus unserer Sicht mit Sicherheit noch weiterhin zu intensivieren sind, denn wichtig ist, dass wir dieses Ziel erreichen. Sonst werden wir ein großes Problem haben. Zum 01.01.2013 kalt zu starten, ist sicher eine heiße Sache. Es ist besser, man hat im Jahr 2012 einen Vorlauf, so wie es auch die meisten Kommunen im Landkreis planen und im Jahr 2012 einen Parallellauf realisieren.

Im zweiten Punkt geht es um die Verzinsung der Rekultivierungsrücklage für die Deponien. Da sollten entsprechende Zinsdarstellungen durch das entsprechende Fachamt erfolgen.

Die Klärung von Abrechnungsfragen im Rettungsdienst ist der 3. Punkt. Die dargestellten Differenzen und die Problematik, die mit den Krankenkassen im Raum steht, sollten unbedingt aufgeklärt werden.

Zum aktuellen Stand der Ergebnisse der Mietwerterhebung (Punkt 4) ist zu sagen, dass nach Vorliegen des Gutachtens unsere internen Richtlinien dringend überarbeitet werden müssen, damit wir entsprechend gut aufgestellt sind.

Zum Punkt 5 - Umsetzung der Neuordnung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure aus dem Jahr 2009: Es ist an der Qualifikation der Mitarbeiter zu arbeiten, um die Vergabeordnung entsprechend umzusetzen.

Zum Punkt 6 – Stand der Anpassung von Erbbauzinsen: Das ist eine Sache, die die Verwaltung selbsttätig im Auge zu behalten hat. Die 14 Erbbaurechtsverträge, die der Landkreis Stendal zur Zeit hat, sind ja an der Zahl nicht so viele. Es dürfte kein großes Problem sein, diese kontinuierlich weiterzuführen.

Der Punkt 7 beinhaltet die Geschäftsbeziehungen zur ALS, insbesondere die Thematik der Abrechnung und Kostenthemen. Nach der vorgelegten Nachkalkulation der ALS müssen wir uns garantiert darauf einstellen, dass wir ohne Gebührenerhöhung in diesem Bereich nicht drum herum kommen. Über Jahre ist aufgrund der entsprechenden Rücklagen erreicht worden, die Abfallgebühren niedrig zu halten. Das Thema wird mit Sicherheit in der nächsten Zeit wiederum eine heiße Diskussion ergeben.

Zum Punkt 8 - Neuregelung der Gebühreneinnahmen im Veterinär- und Lebensmittelamt - hat Herr Trumpf zunächst eine Frage an die Verwaltung: Im Bericht ist dargestellt, dass das Rechnungsergebnis von 2005 zu Grunde gelegt wurde. Hier vermute ich, dass das Jahr 2008 gemeint ist?

Herr Wulfänger erklärt, dass es ein Schreibfehler ist. Es muss 2008 heißen.

Herr Trumpf bittet darum, dass jedes Kreistagsmitglied diese Änderung im Bericht selbsttätig vornimmt.

Er führt des weiteren zum Punkt 8 aus, dass die Summe, über die wir dort reden, zwar klein ist, aber ich denke, es ist wichtig, dass wir insgesamt in der Verwaltung und in den Ämtern die Gebührenstrukturen noch einmal überprüfen, um an der einen oder anderen Stelle möglicherweise das Haushaltsdefizit noch etwas verkleinern zu können.

Der Punkt 9 - der Stand der Abarbeitung von Rückständen bei den Kasseneinnahmeresten - ist aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt. Kontinuierlich sind hier Mahnläufe zu fahren. Gerade dieser Bereich der Vollstreckung ist

sehr effizient zu gestalten. Wenn festgestellt wird, dass Dinge im Moment als Berg vor uns hergeschoben werden, dann muss man an dieser Stelle vielleicht auch überlegen, befristet an dieser Stelle Personal zu erhöhen oder umzusetzen, um diese Einnahmen erzielen zu können.

Abschließend möchte ich feststellen, dass trotz der Hinweise und Bemerkungen dem Landrat und der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2009 eine ordnungsgemäße Arbeit bei der Haushaltsführung zu bescheinigen sind. Dafür gebührt dem Landrat und allen Mitarbeitern im Haus Dank. Ebenso dem Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes und seinen Mitarbeitern für den entsprechenden Prüfbericht, der uns erstellt wurde.

Ich bitte im Namen des Rechnungsprüfungsausschusses um Zustimmung zur vorgelegten Drucksache Nr. 184/2010.

Weitere Wortmeldungen zur Vorlage bestehen keine.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 11 Maßnahme der zivilen Infrastruktur von militärischem Interesse - Ausbau der K 1472, OD Klietz
Vorlage: 179/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 12 Umbau der Förderschule Osterburg zur Musik- und Volkshochschule (Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2010)
Vorlage: 189/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Zur Vorlage bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen - Einbringung und 1. Lesung -
Vorlage: 190/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Wulfänger führt aus, dass das Thema das vierte mal in diesem Jahr auf der Tagesordnung steht. Zuletzt hat der Kreistag am 10. Juni beraten und den Haushalt für 2010 mit einem ausgeglichenen Haushalt beschlossen, d. h., das strukturelle Defizit sollte in der Haushaltsdurchführung nicht weiter erhöht werden. Es ist z. Z. zu erkennen, dass dieses Ziel auch erreicht wird.

Aufgrund der zweijährigen Gültigkeit des Finanzausgleichsgesetzes ist eine gewisse Planungssicherheit gegeben. Das Haushaltskonsolidierungskonzept ist am 10.06.2010 vom Kreistag beschlossen worden. Damit sind alle Bedingungen gegeben, dass wir heute über einen Haushalt für 2011 beraten können, in der Hoffnung, dass wir

wieder in ein normales zeitliches Fahrwasser kommen, so wie es in den 90er Jahren üblich war, indem man versuchte, vor Weihnachten noch den Haushaltsplan für das nächste Jahr zu beschließen.

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplanes orientiert sich ganz eng an das Haushaltskonsolidierungskonzept. Herr Trumpf hat das Greifen des Konzepts angesprochen. Für dieses Jahr hat es gegriffen. Wir haben es so aufgestellt, dass es auch für das nächste Jahr greifen soll, insbesondere bei den Eckzahlen, die da lauten, Ergebnis des Verwaltungshaushaltes, bei der Höhe der Kreisumlage, bei der Stellenreduzierung, aber auch bei der Kreditaufnahme.

Es ist Ihnen ein Planentwurf vorgelegt worden, der von einem Abbau des Fehlbetrages von ca. 2,7 Mio. € ausgeht. 2010 war noch eine Null zu verzeichnen. 2009 war es noch eine Erhöhung des Fehlbetrages von rund 1 Mio. € In der Summe hat der Landkreis Stendal ein strukturelles Defizit von 36,3 Mio. €

Die größten Einnahmeblöcke sind nach wie vor die Einnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz. Herr Rettig hat es vorhin genannt. 41,1 Mio. € bekommen wir für 2011. Das sind wiederum ca. 250 T€ weniger als in 2010. Die Kreisumlage ist geplant, so wie es im Konzept im Sommer d. J. beschlossen wurde. In der Summe sind es 37,6 Mio. € Das ist ein sehr großer Betrag und wiederum 3,4 Mio. € höher als in diesem Jahr. Man muss aber berücksichtigen, dass wir es bei der Kreisumlage mit einem Zeitversatz von zwei Jahren zu tun haben. Es wird in den nächsten Jahren nicht so weiter gehen, dass die Kreisumlage steigt. Wir planen sogar 2012/2013 mit einer Absenkung der Kreisumlage um ca. 3 Mio. € Dies hängt mit den Bemessungsgrundlagen zusammen.

Bei den Ausgaben seien wiederum nur die größten Zahlen genannt und bewertet: Die Kosten der Unterkunft haben ja heute schon eine Rolle gespielt. Hier gehen wir von einer weiteren Reduzierung von 30,5 Mio. € auf 29 Mio. € aus. Frau Dr. Paschke hat es vorhin erwähnt, erstmalig sind wir im Landkreis unter 10.000 Bedarfsgemeinschaften. Diese ständige Reduzierung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften kommt uns bei der Planung entgegen. Des weiteren kommt dem Landkreis entgegen, dass der Bund uns im nächsten Jahr wahrscheinlich mehr Geld geben wird als in den vergangenen Jahren. Der Bundesanteil wurde ja sukzessive über die Jahre verringert auf 23 % in diesem Jahr. Es soll sich, wenn es denn beschlossen wird, auf 24,3 % im nächsten Jahr erhöhen, evtl. auch auf 24,5 %. Das hilft natürlich dem Kreishaushalt. Unser Eigenanteil, den wir als Landkreis zu tragen haben, wird sich auf 6 Mio. € oder 6,6 Mio. € reduzieren.

Bei der Grundsicherung hat der Landkreis leicht steigende Tendenzen auf 2,9 Mio. € Die Fallzahlen sind relativ stabil. Die Ausgaben je Fall scheinen sich aber zu erhöhen. Der Landkreis bekommt zwar vom Bund 15 % ersetzt, aber 85 % muss man immer alleine aufbringen.

Die Landeszuweisungen nach dem Kinderförderungsgesetz belaufen sich auf 8,5 Mio. € die wir den Kommunen, den Trägern der Kindereinrichtungen, weiter geben. Der Landkreisanteil beträgt 53 %. Das sind auch noch einmal 4,5 Mio. € Diese Zahl ist aber relativ stabil. Zum Jahr 2010 ist hier nur eine kleine Erhöhung geplant.

Im Kinderförderungsbereich sind bei der Position Erlass/Ermäßigung 1,9 Mio. € im Planansatz vorgesehen. Im Vergleich zu 2010 ist diese Position konstant. Da wird es sicherlich interessant sein, wie die Abarbeitung der Fallzahlen ist. Hier hatten wir ja in den letzten Jahren bei der Abarbeitung größere Schwierigkeiten, weil sich die Anzahl der Fallzahlen drastisch erhöhte. Ich habe heute noch einmal nachgefragt. Die Anträge für Oktober sind abgearbeitet. Es gibt da einpaar offene, wo man die Unterlagen nicht vollständig beigebracht hat. Dieser Personenkreis wurde angeschrieben. Man kann also sagen, wir sind 3 bis 4 Wochen zurück und noch nicht ganz tagaktuell. Es ist aber nicht mehr so, dass dort große Probleme sind oder große Beschwerden auflaufen.

Bei den Stellen gehen wir wie geplant von einer Reduzierung von 2010 zu 2011 von 15 Stellen aus. So ist es in der Vergangenheit auch in etwa gewesen. Lediglich in 2010 erfolgte aufgrund der Aufgaben des zweiten Funktionalreformgesetzes keine Reduzierung der Stellen. Beim ÖPNV wird das eingeplant, was notwendig ist. Das steht außer Diskussion.

Zu den freiwilligen Leistungen sei zu sagen, dass es keine nennenswerten Reduzierungen gegenüber 2010 gibt. Die freiwilligen Leistungen sind entsprechend dem Konsolidierungskonzept geplant. Insgesamt geben wir an freiwilligen Leistungen rund 2,4 Mio. € aus. Das sind 1,56 % vom Gesamthaushalt.

Der Vermögenshaushalt stellt sich derzeit relativ einfach, schnell und fast von alleine auf. Das, was wir an Geld zur Verfügung bekommen, nehmen wir zur Anteilsfinanzierung für Fördermittel. Und wenn dann noch Geld

über ist, und das ist relativ wenig, wird es entsprechend der Wichtigkeit von Aufgaben zugewiesen. Es ist auch hier mit Einnahmeverlusten zu rechnen. Insgesamt müssen wir von 2010 zu 2011 mit 850 T€ weniger auskommen. Das sind rund 500 T€ weniger Investhilfe. Und erstmalig bekommen wir auch keinen Anteil von der Feuer-
schutzsteuer mehr. Das sind 150 T€ die zu kompensieren sind. Deshalb werden wir auch im Jahr 2011 nicht umhin kommen, einen Kredit von rund 1,1 Mio. € aufzunehmen. Dieses ist aber im Sommer schon so beschlossen worden. Auf den Tausender genau passt es mit der Konsolidierung. Wir zahlen zwar 1,3 Mio. € ab an Krediten, Tilgen also und haben keine Nettoneuverschuldung, aber wir kommen auch nicht richtig runter von der Verschuldung, wenn man jetzt das kommunale Entschuldungsprogramm STARK II unberücksichtigt lässt.

Der größte Anteil der Investitionen geht, wie in den letzten Jahren auch, in die Schulen. 5,4 Mio. € wollen wir hier verbauen. Im Straßenbau sind 1,9 Mio. € vorgesehen.

Den Unterlagen haben wir dieses mal gleich ein Haushaltskonsolidierungskonzept mit den wichtigsten Zahlen beigefügt. Der Abbau der Fehlbeträge von 36 Mio. € ist bis 2017 hin geplant. Gegenüber dem letzten Haushalt ist das auch so geblieben. Das Entschuldungsprogramm STARK II ist hier mit rein gerechnet worden, und zwar so, dass wir es komplett mit im Anspruch nehmen.

Für das Jahr 2011 ist in der Entschuldung ein Kredit enthalten in Höhe von 10,6 Mio. € für den Neubau des Landratsamtes. Danach würde es erst wieder im Jahr 2013 mit weiteren Entschuldungen weiter gehen.

Die Beratungen zu diesem Haushalt haben ja schon in einigen Fraktionen und Ausschüssen begonnen. Das Ergebnis dieser Beratungen wird man dem Kreistag in Form von Veränderungsblättern übergeben. Am 9. Dezember gibt es dann eine gemeinsame Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses mit dem Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss. Und am 16. Dezember 2010 hoffen und wünschen wir uns, Ihnen einen mehrheitsfähigen und beschlussfähigen Haushalt vorlegen zu können. Es wird der vorletzte kamerale Haushalt dann sein.

Herr Kühnel spricht noch einmal die heutige Diskussion zum Schülerverkehr an. Richtig ist, dass der Fahrplan bis zum 7. Januar in Ordnung sein muss. Finanziell muss aber klar sein, was wir im nächsten Jahr für den Schülerverkehr einstellen müssen. Das muss noch in den Haushalt mit rein. Wenn wir es bis dahin nicht fertig haben, dann brauchen wir den Haushalt am 16. Dezember nicht beschließen.

Herr Berlin bemerkt, dass man mit der ARGE mal die hohen Personalkosten, die wir bei Erlass/Ermäßigung für Kindertagesstätten haben, untersucht. Früher waren es 2 bis 3 Beschäftigte, jetzt brauchen wir 9. Der Landkreis stand da auch schon am Pranger. Grund dafür ist dieser ständige Einkommenswechsel bei den SGB II-Empfängern. Wir sollten mit dem Job-Center vielleicht eine Pauschalisierung vornehmen, das man das nur einmal im Jahr berechnet und nachträglich dann bezahlt wird. Dadurch können wir evtl. auch über die Jahre Personalkosten einsparen.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Hinweis von Herrn Berlin mit in die Diskussion aufgenommen wird. Mehr kann man hier nicht machen.

Herr Wulfänger antwortet Herrn Berlin, dass man das berücksichtigen wird. Es ist aber schon geplant, auch weil dieser Stau abgearbeitet ist, bei Erlass/Ermäßigung Personal zu reduzieren. Eine Stelle zum 1. Januar 2011. Und dann werden wir schauen, wie es sich weiter entwickelt. Vielleicht kann man eine weitere Stelle zum 1. September 2011 reduzieren. Trotzdem ist es noch wesentlich höher als vor 3 Jahren. Wir werden diesbezüglich mit dem Job-Center reden.

Herr Graubner bittet zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, dass man Mittel für das Abfangen von Entwicklungen in der Demographie einstellt bzw. gegenfinanziert. Am Samstag war ich zu einer Veranstaltung des Landes. Es sprach dort ein Herr Köhler von der Stabsstelle Landesentwicklung und Verkehr. Die Zahlen, die vorgestellt wurden, waren sehr düster. Man spricht wieder von Wüstungen und von Dingen, die zurück gehen, die teurer sind und von Standards, die nicht mehr gehalten werden sollen. Wir haben gerade sehr eindrucksvoll die Diskussion gehabt was passiert, wenn wir Standards nicht einhalten. Siehe ÖPNV und Schülerbeförderung.

Noch ein Weiteres zum ÖPNV: Wir haben lesen können, dass es durch die Bauarbeiten an der Bahnstrecke Stendal – Berlin Einschränkungen geben wird. Es ist auch gesagt worden, es gibt keine bösen Folgen. Ich habe dem entsprechenden Herrn eine Wette angeboten, dass es nicht zu schaffen ist, mich heile ohne Beule von Mag-

deburg nach Berlin zu bringen. Denn ich glaube das nicht. Die Dinge sind weder barrierefrei noch sind sie so, dass sie von Senioren und von Menschen mit Behinderungen wirklich genutzt werden können. Deswegen meine große Bitte an die Verwaltung, an den Kreistag, zu prüfen, inwieweit wir durch Mittel, die es im Landestopf geben soll, vielleicht Entwicklungen erkennen können, sie in den Ausschüssen diskutieren und uns dann im Kreistag damit befassen. Das wäre auch die Bitte an die Landtagsabgeordneten. Wenn diese Dinge offiziell von einem Ministerium verkündet werden, ist es eigentlich bedenklich.

Herr Wulfänger bemerkt, dass im Vermögenshaushalt schon Eigenanteile für ein Förderprogramm Auswirkungen Demographie in Höhe von 100 T€ berücksichtigt wurden. Es gibt hier eine 80 %ige Förderung. 20 % Eigenanteil sind im Haushaltsplanentwurf eingetragen.

Herr Wiese möchte nach der ganzen Schelte, die es heute gegeben hat, auch eine positive Anmerkung machen. Vielen Dank an Herrn Wulfänger und Frau Grewatsch, die uns diesen Haushalt doch sehr umfänglich und gut erklärt haben. Das haben sie recht ordentlich gemacht.

Durch Entschuldung bauen wir den Landkreishaushalt bis 2017 um 29 Mio. € ab. Das ist auch sehr gut. Aber der Landkreis hat sicherlich auch die Möglichkeit, mal die aufgelaufenen Schulden der Kommunen zu prognostizieren. Nicht, dass wir 29 Mio. € Schulden im Landkreis abbauen und 32 Mio. € in den Kommunen aufbauen. Das wäre dann natürlich nicht unbedingt Sinn und Zweck der Angelegenheit. Meiner Kenntnis nach haben ja alle unsere Landtagsabgeordneten gegen das FAG gestimmt. Vielleicht muss man aber doch mehr Bündnisse suchen. Schuld an diesem ganzen Desaster ist nicht alleine die Kreisumlage, die wir nun mal brauchen. Schuld ist die katastrophale Politik in diesem Land, wie man gerade im nördlichen Bereich mit uns in den beiden Landkreisen umgeht. Das gleiche Theater ist beim Schülertransport. Man nimmt Durchschnittswerte. Die passen in einem ländlichen Raum nicht. Aber vielleicht steckt da auch ein bisschen Strategie von der Landespolitik hinter. Da sollte man bei der Landesregierung mal hinterfragen. Manchmal kann man den Eindruck haben, Sachsen-Anhalt hört an der A 2 auf. Was wir hier im Norden machen, interessiert keinen mehr.

Herr Dr. Opitz äußert, wir haben heute sehr viel über Standards gesprochen. Man hört ja immer wieder zwischendurch und in Zwischentönen, dass das eine oder andere um Himmelswillen nicht schlechter werden darf, sondern eher besser werden darf und zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Belastung der Kommunen über die Kreisumlage um 3,4 Mio. € gegenüber 2010 steigt. Man braucht gar nicht weiter zurück gehen. Gleichzeitig erreichen wir 2011 nicht nur eine Null, sondern wir erreichen einen strukturellen Überschuss. Das ist sicherlich wünschenswert. Aber wir erreichen das auf Kosten der kommunalen Haushalte. Ich bin gegenwärtig selber dabei, mal zu recherchieren, wer denn alles in die Haushaltskonsolidierung rutscht oder schon längst drinne ist. Es sind eine ganze Reihe. Und die Zahlen sind erschreckend. Wir wollen uns aber nicht darüber beklagen, denn ich selber habe immer dem Haushalt all die Jahre zugestimmt. Weil solange man Rücklagen und Polsterchen hat, kann man sich den Aufgaben des Landkreises, der nun mal unterfinanziert ist, nicht nur vom Land, sondern insbesondere vom Bund, nicht verschließen. Das wollten wir nicht und das können wir nicht. Jetzt geht es aber nicht mehr weiter. Wir erreichen nun ein strukturelles Plus im Kreis. Die Kommunen rutschen aber ins Minus.

Die Stadt Tangermünde hat seit 01.01.2010 die Doppik. Es hat nur Nachteile. Es bringt gar nichts. Es soll Transparenz bringen. Wir sollen erfahren, was denn einzelne Produkte, einzelne Leistungen kosten. Bei meiner Größenordnung, die ich zu verantworten habe, weiß ich das auch so. Da brauche ich nicht den Wert eines Grundstückes. Ich brauche auch keine Abschreibungen. Ich sehe, dass das Grundstück oder das Gebäude immer schlechter wird oder auch nicht schlechter wird, wenn man etwas daran tut.

Es gibt aber auch etwas ganz kleines Positives. Und das betrifft die aufgelaufenen Schulden durch Kassenkredite. Herr Wulfänger hat heute bei der Einbringung des Haushaltes im letzten Satz gesagt, es ist der letzte kameralistische Haushalt. Ich bitte dringend darum, und ich würde meine Abstimmung im Kreistag, wenn wir am 16. 12. beschließen, davon auch abhängig machen, nachzufragen und zu prüfen, was denn unter doppelten Bedingungen mit diesen aufgelaufenen Schulden wird. Nach meiner Information, und so verfahren auch die Kommunen, mit denen wir Kontakt haben, werden diese Schulden auf vorhergehende negative Ergebnisse vorgetragen. Und wenn das nach 2 Jahren nicht ausreicht, werden sie gegen Rücklagen bzw. Eigenkapital verrechnet. Wer sich mit dieser ganzen Problematik mal beschäftigt, und ich denke, alle Geschäftsleute müssten das eigentlich wissen, der weiß, dass derartige Dinge, wenn man denn ein strukturell positives Ergebnis hat, natürlich nicht größer werden dürfen. Denn sonst verzehrt man sein Eigenkapital und irgendwann ist ein Privatunternehmen blitzartig pleite/insolvent. Das passiert den Kommunen nun glücklicherweise nicht. Es ist aber die gleiche Ent-

wicklung. Wenn es also erreicht wird, dass die aufgelaufenen Schulden nach Abbau des strukturellen Defizits nicht mehr im Sinne einer Haushaltskonsolidierung in einem vorgeschriebenen engen Zeitraum abgebaut werden, dann bitte ich das dringend zu beachten. Das hat sehr große Auswirkungen. Sie brauchen nur die Zahlen zu nehmen, die ich eben genannt habe. 2012/2013 wird es ein bisschen weniger und 2014 wird es wieder genauso hoch wie in 2011. Dann werden Sie feststellen, dass das eine Riesenentlastung für den Kreishaushalt ist. Ich bitte jetzt schon darum daran zu denken, dass auch die Kommunen eine Entlastung dringend notwendig haben. Ich sage es nur am Beispiel von Tangermünde. Wir geben mehr als alle Zuweisungen des Landes – Allgemeine Zuweisungen, Auftragskostenerstattung, die sowieso viel zu niedrig ist, und die Investitionspauschale. Alle drei Bestandteile der Landeszuweisungen geben wir zu mehr als 100 % in die Kreisumlage. Ich könnte giftig sein und sagen, überweist das doch gleich an den Landkreis, dann sparen wir uns die Überweisungskosten und die Portogebühren. Es ist eine irre Situation. Hier bitte ich, diesen Umstand nachzufragen. Herr Mosow hat sich sehr in die Doppik vertieft. Aber auch er konnte konkret keine andere Auskunft geben, als ich sie selber schon hatte, nämlich das es gegen Eigenkapital gegen zu buchen und natürlich dafür Sorge zu tragen ist, dass dieser Eigenkapitalabbau nicht ständig zunimmt. Aber das tut es ja nicht. Wenn man immer ein kleines Plus hat, wird ja das Eigenkapital nur einmal minimiert und dann die nächsten Jahre nicht wieder. Wenn überhaupt die Doppik einen einzigen Vorteil hat, dann ist es schlichtweg vielleicht dieser. Es könnte natürlich sein, dass findige Herrschaften im Landesverwaltungsamt auch dieses den Kommunen wegnehmen. Dann allerdings kann man jetzt schon sagen, „Gute Nacht Marie“. Das gilt dann für den Landkreis, für die Kommunen und für jeden anderen auch. Was wir nicht erwirtschaften können, was theoretisch auch notwendig ist, sind die Abschreibungen. Das können wir nicht, sondern in diesem Fall werden wir kameral weiter arbeiten.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

zu TOP 14 Auflösung des Tierkörperbeseitigungsverbandes
Vorlage: 172/2010

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen

zu TOP 15 Benennung von Mitgliedern des Kreistages für die Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum
Vorlage: 192/2010

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Zur Vorlage bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen

zu TOP 16 Anfragen und Hinweise

Frau Dr. Paschke erklärt, sie hatte für die heutige Kreistagssitzung eine schriftliche Anfrage an den Landrat bzgl. des Planfeststellungsverfahrens zur Deponie Wust gestellt und auch eine Antwort erhalten. Der Fraktionsvorsitzende hat die Antwort ebenfalls übergeben bekommen. Ich möchte darum bitten, dass der Vorstand darüber redet, dass solche Fragen und auch die Antworten dazu allen Mitgliedern des Kreistages zugänglich gemacht werden sollten. Es wurde die Anfrage deshalb rechtzeitig gestellt, weil wir meinen, dass der Landrat dann auch eine konkrete Antwort geben kann. Man kann ja nicht zu jedem Problem sofort antworten. Deshalb die Bitte an den Vorstand, über die Verfahrensweise mal zu reden.

Bezüglich der Deponie hat sich ja die Situation völlig verändert. Der Landrat hat es auch in seinem Antwortschreiben mitgeteilt. Der Antragsteller hat seinen Antrag zurück gezogen. Meinerseits gibt es aber noch 3 Nachfragen dazu:

1. Als der Antragsteller den Antrag im April 2010 gestellt hat, war schon die neue Deponieverordnung vom 01.07.2009 in Kraft. Ich würde gerne wissen wollen, ob die Kreisverwaltung nicht von vornherein dann hätte sagen müssen, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig gewesen wäre. Dadurch ist es jetzt sehr lange verzögert worden.
2. In der Havelberger Zeitung war sinngemäß zu lesen, dass damit der Antrag vorerst vom Tisch ist. Die Frage stellt sich für den Kreistag, wie geht es jetzt überhaupt mit diesem Deponieverfahren los, weil wir ja unter einem Zeitdruck geraten sind, was auch Stendal betrifft. Wie wird jetzt dort weiter verfahren?
3. Ich bin von einige Leute um Wust aufmerksam gemacht worden, die sagen, dass die Fahrzeugfrequenz am Recycelhof Wust in den letzten Tagen extrem gestiegen ist. Um die 80 Fahrzeuge sollen dort am Tag reinrollen. Wenn hier alles recycelbar ist, ist das alles kein Problem. Wird auch mal kontrolliert, was ja die Aufgabe des Landkreises ist, was dort verschüttet wird, um den Gerüchten oder auch Nichtgerüchten entgegenzutreten?

Frau Theil kann die Frage zur UVP-Prüfung, ob man es seinerzeit schon hätte wissen müssen oder nicht, momentan nicht beantworten. Hier müsste sich Frau Theil noch einmal mit dem Fachamt verständigen. Es gibt bestimmte Gründe, warum man so reagiert hat. Mit Einreichen der Liste wurde es ja beim Landesverwaltungsamt erst festgestellt. Hierzu bekommt Frau Dr. Paschke aber noch eine Antwort.

Zur Deponie-Klasse I generell: Sicherlich ist das für unseren Landkreis ein Thema. Hier laufen Überlegungen. Eine Vorstellung ist, evtl. an unserem jetzigen Deponie-Standort/Umschlagstation in der Osterburger Straße etwas zu tun. Das Fachamt ist zusammen mit der ALS dabei, Varianten zu suchen. Es steht der Termin 31. Mai nächsten Jahres zur Schließung der Deponie für die Anlieferung von Ersatzbaustoffen. Ein Verlängerungsantrag wurde an das Landesverwaltungsamt gestellt, der aber noch nicht beschieden ist. Unbenommen dessen muss es eine grundsätzliche Lösung für den mittel- und langfristigen Zeitraum geben. Dazu sind wir am Überlegen. Eine Variante habe ich gerade genannt. Man muss vielleicht aber auch generell darüber nachdenken, andere Wege zu gehen. Wichtig ist ja, dass es nicht zu teuer wird, sondern das Kostengünstigste und Wirtschaftlichste sollte dann auch umgesetzt werden.

Bezüglich der 3. Frage sagt Frau Theil, dass es in diesem Jahr bereits eine Anfrage hierzu im Kreistag gegeben hat. Es gab hier eine turnusmäßige Überprüfung. Die hatte vorher stattgefunden. Aber aufgrund dieser Anfrage gab es eine erneute Überprüfung, ohne dass Verstöße festgestellt wurden. Wenn jetzt solche Hinweise kommen, wird das Fachamt sich damit befassen. Natürlich unangekündigt.

Frau Dr. Paschke bemerkt zur Nichteinholung der UVP, dass der Zuständige vom Landesverwaltungsamt uns die Auskunft gegeben hat, dass der Landkreis Stendal ein negatives Beispiel im Planfeststellungsverfahren zur Deponie in Wust gewesen ist.

Frau Dr. Paschke hat nunmehr eine weitere Frage: Seit Juli habe ich im Landtag immer wieder nachgefragt, warum das EFRE Schulbauförderprogramm für die Grundschule Seehausen immer noch nicht greift. Man hatte ja den vorzeitigen Maßnahmebeginn sogar bestätigt bekommen und hätten schon 2009 die ersten Mio. € Scheiben bekommen müssen für die Schulbausanierung. 2009 sind Eigenmittel eingestellt worden. 2010 kam man mit dem Haushalt ins Schleudern. Ich habe immer gefragt, was die Ursachen sind. Zunächst war die Ursache im Land zu suchen, weil man im Landesbetrieb Bau nicht mit der Prüfung hinterher kam. Deshalb ist 2009 kein Geld geflossen. Ich habe weiter nachgefragt. Von der Kultusministerin habe ich am 11.11.2010 ein Schreiben erhalten, dass es nicht am Landesverwaltungsamt oder sonst wo liegt, sondern dass die positive Stellungnahme der Kommunalaufsicht des Landkreises nicht vorliegt. Das war der Grund, weshalb der Zuwendungsempfänger dieses nicht abschließen konnte. Meine Frage ist, wie es jetzt aussieht? Liegt ein Haushalt vor. Zwei Jahre drückt das sozusagen schon. Wie wird man damit umgehen? Ich weiß von Herrn Schwarz, dass der Nachbarlandkreis damit generell ganz anders verfährt und es dort genehmigt hat. Ich würde wissen wollen, woran es liegt, dass es bei uns so ist wie es ist?

Der Landrat antwortet, dass er den konkreten Zustand in Seehausen nun nicht von der Kommunalaufsicht kennt. Herr Schwarz hatte mir gegenüber am Dienstag bei unserem Treffen auch nichts gesagt. In Seehausen gab es ja die Problematik Sportanlagen. Der Haushalt in Seehausen ist natürlich gewaltig eng. Ich werde aber bzgl. Ihrer Frage nachhaken, woran es jetzt speziell bei Seehausen liegt.

Herr Berlin sagt an Frau Dr. Paschke als Angestellter des Landesbetrieb Bau gerichtet, dass es an den Kollegen vom Landesbetrieb auf keinen Fall liegt. Weiteres will er Frau Dr. Paschke unter 4 Augen sagen.

Der Vorsitzende gibt an Herrn Berlin den Hinweis, dass nichtöffentliche Sachen hier nicht hingehören. Wenn dann nur im nichtöffentlichen Teil.